

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/002/2014
Datum	Donnerstag, 11.12.2014
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:36 Uhr
Ende	11:50 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Mitglieder CSU

Steinberger, Friederike
 Bertl, Alexandra
 Bichler, Josef
 Eichiner, Reinhard
 Friesinger, Sebastian
 Funke, Annemarie
 Großmann, Rainer Dr.
 Hartsperger, Veit
 Hausberger, Claudia
 Hobmeier, Karin
 Hofstetter, Franz
 Klein, Patricia
 Knöferl, Robert
 Kuhn, Barbara
 Linder, Ingeborg
 Linhart, Susanne
 Loy, Josef
 Meyer, Beate
 Off-Nesselhauf, Gabriele
 Schindlmayr, Simon
 Schwab, Harald
 Schwarzenberger, Thomas
 Spitzbauer, Anton
 Weiß, Ilse
 Wetzelsperger, Georg
 Wohlrab, Sabine
 Wunsam, Günther

Mitglieder SPD

Asam, Michael
 Eberl, Martin
 Hofmann, Irmgard
 Hörl, Christina
 Hügenell, Helga
 Jordan, Elisabeth

Malm, Mike Dr.
Murken, Jan Prof. Dr.
Rödig, Günther Dr.
Salvermoser, Richard
Weitzel, Katja
Wimmer, Gerhard

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Becher, Johannes
Bohr, Sylvio
Goldstein, Ulrike
Halbauer, Jan
Janner, Elisabeth
Siebler, Joachim
Tuttas, Petra
Zintl, Roland

Mitglieder FW

Degenhart, Christine
Heigl, Marianne
Hofer, Sepp
Schanderl, Michael Dr.
Schneider, Rainer
Specker, Konrad

Mitglieder BP

Barth, Hansjörg
Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglieder FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von

Mitglieder ÖDP

Ruff, Tobias
Schildbach-Halser, Johanna

Mitglieder Piraten

Berg, Gabriela Dr.
Wenta, Martina

Mitglieder Die Linke

Jenkner, Beate

Verwaltung

Bertenbreiter, Benedikt
Bolz, Gerd
Brinckmann, Ernst
Bruckmann, Wolfgang Dr.
Büllesbach, Susanne
Dietrich, Karen
Erdmann, Kerstin
Fuhrmann, Johann
Gerich, Hermann
Getzlaff, Stefan

Goriß, Monika
Holzner, Harald
Mauermayer, Constanze
Podechtl, Franz
Reichstein, Ute
Roth, Helmut
Schempp, Jürgen
Schmitz, Erich
Stepanek, Rudolf
Wunner, Ulrich Dr.
Wutzer, Dagmar
Zdarsky, Andreas
Zieglmaier, Margarete

Weitere Anwesende

Hillenbrand, Christoph

Protokollführerin

Maja, Renate
Meindl, Sabine

Entschuldigt

Mitglieder CSU

Breher, Barbara
Hainz, Birgit

Mitglieder SPD

Broschei, Hiltrud

Mitglieder FDP

Friedl-Laussenmeyer, Sigrid

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2015 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Bezirksfischereiverordnung
TOP 4	Informationsfreiheitssatzung
TOP 5	Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2013 - Klinische Beteiligungen
TOP 6	Zweckvereinbarung zu den Berufsbildungswerken Nürnberg und München
TOP 7	Grundlagenvertrag zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Bezirksjugendring Oberbayern
TOP 8	Gremienbesetzung - Antrag der SPD-Fraktion zur Nachbesetzung bei der Kulturstiftung Oberbayerischen
TOP 9	Umweltmanagementsystem in der Bezirksverwaltung; ÖKOPROFIT und EMAS
TOP 10	Antrag der Bezirkstagsfraktion der Bayernpartei vom 11.04.2014 zum Thema Almhütten in den oberbayerischen Alpen
TOP 11	Antrag der Piratenpartei vom 23.10.2014 zum Freihandelsabkommen TISA
TOP 12	Antrag Piratenpartei und DIE LINKE: "Antrag auf Stellungnahme des Bezirkstags Oberbayern zum Entwurf des Maßregelvollzugsgesetzes"
TOP 13	Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2014: Resolution für eine menschenwürdige und nachhaltige Flüchtlingspolitik sowie Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2014
TOP 14	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:36 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 63 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Haushaltssatzung 2015 und Haushaltsplan mit Anlagen

Haushaltsrede 2015 von Bezirkstagspräsident

Herr Josef Mederer

- es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

heute möchte ich meine Rede einmal mit einem Dank beginnen: So früh wie in diesem Jahr war der Haushaltsentwurf noch nie fertiggestellt. Dieses ehrgeizige Ziel hat sich die Kämmerei selbst gesetzt- Ich will aber auch die Gelegenheit nutzen, der Kämmerei nicht nur für ihre Schnelligkeit zu danken. Die ist schließlich nur das i-Tüpfelchen ihrer Arbeit: Vielmehr war der Haushaltsplan auch wieder einmal für die ausgezeichnet vorbereitet. Der Sommer und Herbst wurden intensiv genutzt, damit wir heute über den Entwurf abstimmen und somit die Weichen für das Haushaltsjahr 2015 stellen können. Aber an dieser Stelle möchte ich auch explizit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirkstag für die sehr konstruktive Zusammen- und Mitarbeit hinsichtlich der Aufstellung des Zahlenwerks für das kommende Jahr danken. Bei uns hört eben die Freundschaft nicht beim Geld auf, sondern die vertrauensvolle Zusammenarbeit wird auch bei Geldfragen weiter geführt und dafür möchte ich Ihnen explizit danken.

Lassen Sie mich in meiner Haushaltsrede zunächst einmal beleuchten, wie die „Großwetterlage“ der Bayerischen Bezirke und insbesondere des Bezirks Oberbayern aussieht. Die Bayerischen Bezirke hatten in den letzten drei Jahren relativ starke Zuwächse bei der Umlagekraft zu verzeichnen. Die Folge ist, dass viele Bezirke den Hebesatz für die Bezirkslage senken konnten. Die Tatsache, dass die Kosten für die Eingliederungshilfe dennoch Jahr für Jahr steigen, wurde dadurch ein wenig in den Hintergrund gedrängt. Der zunehmende Kostendruck im Sozialbereich wurde nicht mehr so deutlich wahrgenommen, wie er es verdient hätte. Umso erfreulicher war die Nachricht aus Berlin, dass endlich der langjährigen Forderung der Bezirke entsprochen werden sollte, dass sich der Bund an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt. Die Verankerung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung war etwas, für das wir sehr lange gemeinsam gekämpft haben. Im Nachgang wurde diese Vereinbarung jedoch leider mehr und mehr aufgeweicht, so dass wir für die 5 Milliarden Entlastung, die zur Verteilung anstehen, nunmehr folgende Situation vorfinden. Die bereits vorab zur Verfügung stehende 1 Milliarde wird zur Hälfte über die Beteiligung an der Umsatzsteuer an die Kommunen weiter gereicht und zur anderen Hälfte über die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft. Was hat das mit der Eingliederungshilfe zu tun? Nichts! Und so wie es aussieht, werden auch die übrigen Mittel an den Bezirken vorbei direkt den Kommunen zufließen. Die Zusicherung, der Bund beteilige sich an den Kosten der Eingliederungshilfe, ist somit obsolet.

Wie beteiligt sich der Freistaat an den Kosten der Eingliederungshilfe? Er behält seinen Topf für das kommende Jahr für den FAG 15 Ausgleich gleich. Was bedeutet dies für den Bezirk Oberbayern? 26,5 Mio. Euro weniger für 2015 und insgesamt lediglich nunmehr 88,6 Mio. Euro. Übersetzt

heißt dies, dass der Freistaat hier bei uns in Oberbayern im Jahr 2015 nicht einmal mehr für den Januar aufkommt: Mit dem Geld des Freistaats kommen wir bis zum xxx. Januar. Das Geld für den Rest des Jahres müssen wir über die Bezirksumlage, also die Kommunen aufbringen.

Wenn wir nun den Hebesatz auf 19,5 Prozentpunkte senken können, dann setzt sich das aus 1,5 Punkten aufgrund der Umlagekraftsteigerung und 0,5 Punkten aus der Rücklage zusammen. Diese ist in den letzten Jahren auf 178 Mio. Euro angewachsen und deshalb ist es ein faires Miteinander, wenn der Bezirks 29,5 Mio. Euro herausnimmt und den Umlagezahlern zurückgibt. An dieser Stelle kann ich auch schon verkünden, dass wir den Hebesatz 2016 voraussichtlich stabil halten können. Aber wenn weder der Freistaat noch der Bund sich an den Kosten der Eingliederungshilfe direkt beteiligen und stattdessen lieber die Finanzausstattung der Kommunen stärken möchten, dann müssen wir uns die Mittel, die wir für unsere Aufgaben benötigen, über den Hebesatz von den Umlagezahlern holen. Dies muss auch so direkt und ohne Umschweife kommuniziert werden.

Aber kommen wir nun zum Haushalt 2015 des Bezirks Oberbayern: Was sind die Kernpunkte des neuen Haushaltes? Wir haben im Verwaltungshaushalt fast aller Einzelpläne außerhalb des Einzelplans 4 beim Zuschussbedarf eine gewisse Konstanz und lediglich geringe Verschiebungen zu verzeichnen. Aber der Einzelplan 4, der Sozialhaushalt, zieht auch heuer wieder kräftig an. Der Zuschussbedarf wird um 63,5 Mio. gegenüber dem prognostizierten Rechnungsergebnis 2014 ansteigen. Das bedeutet, dass die leichte Seitwärtsbewegung der letzten Jahre vorbei ist und wir uns wieder auf höhere Zuwächse, sprich Kosten, einstellen müssen. Bei der Hilfe zur Pflege zeigt sich das besonders deutlich: Trotz höherer Mittel aus der Pflegekasse wird sich der Zuschussbedarf binnen zwei Jahren um knapp 18 Mio. erhöhen. Ohne das Pflegestärkungsgesetz stünden nochmals knapp 6 Mio. Euro mehr zur Disposition. Und das Ende der Fahnenstange, das wissen wir alle, ist noch lange nicht erreicht.

Oder auch die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen: Diese wird um mehr als 44 Mio. gegenüber dem prognostizierten Rechnungsergebnis ansteigen. Und das, ohne dass Einmaleffekte das Bild verzerren würden. Allein im Bereich der Schulbegleiter haben sich die Ansätze binnen vier Jahren auf nunmehr über 20 Mio. Euro fast verdoppelt. Und auch hier ist ein Ende der Steigerungsraten nicht abzusehen. Auch die Förderung der Wohlfahrtspflege steigt im kommenden Jahr wieder um mehr als 4,5 Mio. auf 67,3 Mio. an.

Angesichts des steigenden Kostendrucks ist es umso wichtiger, dass der Bezirk und somit auch die Kommunen, von finanziellen Belastungen, die keine kommunalen Aufgaben sind, entlastet werden. An dieser Stelle müssen die Kosten für die unbegleitet eingereisten Kinder und Jugendliche genannt werden. Für diese Kosten muss der Freistaat aufkommen. Sie können nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Die Resolution des Bayerischen Bezirkstags hierzu ist somit vehement weiter voranzutragen.

Wenn man eine Haushaltsrede vorbereitet, fragt man sich: Was war der rote Faden des vergangenen Jahres? Gibt es einen übergeordneten Schwerpunkt im neuen Jahr, der sich herauskristallisiert? Klar; von den Aufgaben abgeleitet, ist dies natürlich immer der Sozialbereich: Inklusion, Pflegeskandale, Kosten für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, usw.

Jenseits der Inhalte kann ich aber einen anderen roten Faden ausmachen, der uns das ganze Jahr gut auf Trab gehalten hat und das noch einige Jahre tun wird: das sind unsere Investitionen. Die Gründe, warum wir Bauen, Sanierung, Erweitern sind sehr unterschiedlich. Hier im Bezirksgebäude zum Beispiel wurde der Casinoubau durch eine Vielzahl von Punkten ausgelöst: energetische Sanierung, ein in die Jahre gekommenes Flachdach, statische Probleme mit dem Kühlaggregat des neuen Rechenzentrums usw. Der Casinoubau wird 2015 bewältigt sein: ab 2016 haben wir dann die Umgestaltung des Plenarsaals auf dem Plan; dazwischen sind dringende Brandschutzmaßnahmen im ganzen Haus notwendig.

Auf der Glentleiten beschäftigen wir uns mit dem Neubau eines Eingangsgebäudes mit Gastronomie und Schaubrauerei. Auch wenn unsere Freilichtmuseum den Besuchern das Leben und Arbeiten in Oberbayern der vorherigen Jahrhunderte nahbringen soll, muss es selbst doch mit der Zeit gehen und sich den Anforderungen an eine moderne Museumsgastronomie und eine zeitgemäße Eingangssituation stellen. Genauso sehe ich es im BBW: Wir wollen den Auszubildenden vernünft-

tige Lernbedingungen bieten und deshalb müssen wir nun schnellstmöglich Nägel mit Köpfen machen und das marode Werkstattgebäude sanieren. Wir sprechen von viel Geld, aber es ist eine Investition in die Zukunft. Hier haben wir uns einen gewissen Sanierungsstau selber zuzuschreiben. Genauso wie im Agrarbildungszentrum, wo die Sanierungsmaßnahmen sich langsam dem Ende neigen, hätten wir schon in wenig früher vom notwendigen Sparkurs des Jahrtausendbeginns auf werterhaltende Maßnahmen umschwenken müssen. Daraus haben wir gelernt und deshalb wollen wir es in Kloster Seeon anders machen. Das Kloster wurde vor über 20 Jahren als Kultur- und Bildungszentrum des Bezirks eingeweiht. Nun konnten wir mit dem Kauf des Hirschfeld-Hauses unser Anwesen arrondieren. Unser Ziel ist es nun, mit einem Gesamtkonzept, Seeon kontinuierlich auf den neuesten Stand zu bringen und ein paar neue Impulse zu setzen.

Deshalb war und ist es sehr vorausschauend gewesen, hierfür bereits anteilige Finanzmittel in den beiden vergangenen Jahren in die Haushalte einzustellen und somit die Belastung für die Umlagezahler auch zukünftig auf einem stabilen Niveau zu halten. Ebenso fahren wir den vollkommen richtigen Kurs, in den vergangenen, wirtschaftlich guten Jahren, die Schulden weiter abzubauen und den Haushalt weiter zu konsolidieren. Denn, und das wissen wir alle, es werden auch wieder andere Zeiten auf uns zu kommen, in denen es gilt, von den Rücklagen zu zehren und auch wieder Kredite aufnehmen zu müssen. Folglich entspricht es dem gesunden kaufmännischen Verstand, jetzt die Schulden zu reduzieren, um dann nicht im Falle des Falles auf einem bereits sehr hohen Schuldenniveau draufsatteln zu müssen. Der Bund der Steuerzahler sagt, die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Für uns heißt das, die Schulden von heute sind die Umlage von morgen!

Aber nicht nur für den Bezirk gilt es, Herausforderungen zu meistern. Auch auf das Kommunalunternehmen kommen gewaltige Veränderungen zu. Hier hat innerhalb weniger Jahre eine richtige Pensionierungswelle auf Chefarzteebe stattgefunden. Und auch in den Kliniken müssen große Investitionen gestemmt werden. Der Neubau des Inn-Salzach-Klinikums gemeinsam mit den RoMed-Kliniken in Wasserburg z.B. ob die Fertigstellung der Klinik in Fürstenfeldbruck.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch Herrn Spuckti, Frau Borrmann-Hassenbach und Herrn Podechtl exemplarisch für alle Mitarbeiter der Kliniken für ihre erfolgreiche Arbeit danken. Wir sind mit unseren Kliniken auf einem ausgezeichneten Weg und dafür allen Beteiligten ein herzliches „Vergelt’s Gott“.

Ich danke Ihnen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an dieser Stelle für die Zusammenarbeit im laufenden Jahr- in den Einrichtungen und im der Bezirksverwaltung. Vielen Dank an meine beiden Vertreter Michael Asam und Friederike Steinberger.

Für mich war es ein anstrengendes Jahr, in dem ich als „Doppel-Präsident“ viel gelernt habe. Inzwischen haben sich die Abläufe und die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bezirkstag eingeschliffen und vieles ist Routine geworden. Auch für die Beschäftigten im Haus war es ein aufreibendes Jahr, das ihnen alleine von den Arbeitsbedingungen einiges abverlangt hat; mit viel Baustellenlärm, Schmutz und ohne die gewohnte Kommunikationsbörse in der Kantine. Jetzt, wo sie fehlt, haben wir gemerkt, dass dort nicht nur gegessen, sondern wertvolle Information ausgetauscht wird, die das Zusammenarbeiten erleichtert! Ich bedanke mich bei allen, die Tag für Tag zuverlässig ihre Aufgaben übernommen haben und bei all denen, die Sonderaufgaben außerhalb ihrer üblichen Tätigkeiten übernehmen mussten. Zum Beispiel die Organisation unseres 60-Jährigen Jubiläums im Schafhof. Ich haben mich sehr gefreut, so viele „Bezirks-Weggefährten“ dort – zum Teil nach langer Zeit - wieder zu treffen. Wir haben uns ja zum Jubiläum ein Oberbayernbuch gewünscht. Wer bei der Festveranstaltung im Schafhof anwesend war, hat dieses Buch ja bereits überreicht bekommen. Und für diejenigen, die am 28. November nicht dabei sein konnten, haben wir Exemplare bereit gelegt. Hier appelliere ich an ihr Erinnerungsvermögen ... Wer weitere Exemplare will, kann diese ja zum Vorzugspreis bei der Pressestelle kaufen.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein energiegeladenes Neues Jahr!

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CSU

Herr Josef Loy

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
verehrter Herr Bezirkstagspräsident und Präsident des Bayerischen Bezirkstags,
verehrter Herr Vizepräsident,
verehrte Frau Vizepräsidentin,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bezirk Oberbayern,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Damen und Herren,

Plenumssitzung im Bezirkstag von Oberbayern.

Heute ist Gelegenheit das vergangene Jahr zu beleuchten und die finanziellen Wege für das kommende Jahr zu bereiten.

Mit dem Beschluss und der Zustimmung zum Haushalt 2015 bestimmen wir die Grundlagen unserer weiteren Arbeit.

In den letzten Wochen sind dazu die Einzelabstimmungen in den Ausschüssen getroffen worden.

Mit einer umfassenden Vorbereitung unserer Finanzverwaltung, der ich besonderen Dank ausspreche für die klare, transparente und nachvollziehbare Aufstellung der Haushaltsansätze und Übersichten, ist es gelungen uns Bezirkstagsmitglieder und die kommunale Familie wie Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden intensiv einzubinden.

An dieser Stelle einen Dank an unseren Bezirkstagspräsidenten und Präsident des Bayerischen Bezirkstags für die Kontaktpflege im kommunalen Bereich. Dabei ist mit Transparenz, Aufklärung, offenem und ehrlichem Umgang das Zusammenwirken aller Ebenen und die Darstellung unserer Aufgaben und Verantwortlichkeiten wieder gut gelungen.

Dank der positiven Wirtschaftsentwicklung und der guten Konjunktur ist die Steuerkraft in Oberbayern angestiegen.

Hier gilt der Dank der arbeitenden Bevölkerung und allen Verantwortlichen in den Betrieben.

Die Umlagekraft ist um 9,70 Punkte gestiegen. Das ist einerseits sehr erfreulich, andererseits reduziert dies den Anteil des Finanzausgleiches für uns Oberbayern. Aus den FAG-Mitteln hatten wir in diesem Jahr noch 115 Mio. € erhalten, im kommenden Jahr sind es nur noch 85,0 Mio. € aus der Gesamtmasse von 649 Mio. € Trotz steigender Sozialausgaben der bayerischen Bezirke mit 130-150 Mio. € bleibt der FAG Ansatz gleich. Begründet wird dies mit der steigenden Umlagekraft.

Begründet wird das mit dem Hinweis, dass die Bezirke weiterhin auf hohem Niveau gestützt werden. Bei 1,2 Mrd. € Zuschussbedarf im Sozialhaushalt bedeuten 85,0 Mio. €, dass nach dem 25. Januar in unserem Bezirk das Geld ausgeht und wir auf die Umlagen aus den Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden angewiesen sind. Das bezeichnet man dann als hohes Niveau.

Nach wie vor müssen wir unermüdlich auf die ständig steigenden Sozialausgaben hinweisen. Im Koalitionsvertrag ist die Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe niedergeschrieben. Jetzt ist daraus eine erste Mrd. € geworden, die über die Umsatzsteuer und die Kosten der Unterkunft auf die Gemeinden verteilt wird. Für uns natürlich unbefriedigend, weil damit eine direkte Zuweisung an die Bezirke in Bayern ausbleibt und dadurch auch mit keinem Wort die Entlastung aus der Eingliederungshilfe benannt ist.

Deshalb halten wir unsere Forderung nach einem Bundesleistungsgesetz mit der Beteiligung an der Finanzierung der Eingliederungshilfe 1/3 Bund, 1/3 Land, 1/3 Kommunen, fest und wir alle sind aufgefordert, dies an unsere verantwortlichen Politiker in Land und Bund heranzutragen.

Eine weitere Baustelle für die bezirkliche Finanzausstattung sind die Aufwendungen für die Unbegleiteten Minderjährigen UM. Hier werden zentral die entstandenen Kosten auf alle Länder nach einem bundesweiten Verteilungsschlüssel in Rechnung gestellt. In Bayern werden nach der derzeitigen Gesetzeslage diese Kosten von den Bezirken getragen. Für Bayern sind das 15,54 Prozent der Aufwendungen, immerhin 50,2 Mio. € jährlich. Aus dem bayerischen Anteil trägt Oberbayern 35,27 %, entsprechend der Einwohnerzahl. Wegen aufgelaufener Guthaben der letzten Jahre kommen nächstes Jahr nur 5,1 Mio. zur Auszahlung. Trotzdem müssen wir in die Zukunft blicken. Aus den 5,1 Mio. € können schnell 15 bis 20,0 Mio. € werden, auch angesichts der Zunahme der einreisenden jungen Menschen, die täglich zu verzeichnen sind und zum großen Teil in Oberbayern ankommen. Hier setzen wir auf das Verhandlungsgeschick unseres Präsidenten. Zumindest hat er bei unserem Ministerpräsidenten Seehofer erreicht, dass dieses Thema bearbeitet wird. Hier stehen wir verantwortlich in Mitten der kommunalen Familie und werden auch weiterhin unser Wort und unsere Stimme erheben, damit die Gesamtverantwortung für eine sozial ausgewogene Kostentragung erreicht wird.

Auf 472 Seiten beschreibt unser Haushaltsentwurf detailliert in allen Unterabschnitten, die Verteilung der gewaltigen Gesamtsumme von 1,520 Mrd. €.

Die Vorberatung in allen Abteilungen, Referaten und Ausschüssen ist abgeschlossen und heute steht dieses Werk zur Abstimmung. Grundziele sind, wie auch im letzten Jahr

- Keine Kreditaufnahme
- Keine Verpflichtungsermächtigungen, die Kreditaufnahmen bedingen
- Genehmigungsfreier Haushalt
- Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Erfüllung der sozialen Aufgaben.

Die Ansätze im Haushalt orientieren sich am Rechnungsergebnis aus 2014. Diese Planung unterstützen wir nachhaltig, weil dadurch gewährleistet ist, dass die Ansätze realitätsnah und nachvollziehbar sind.

Das ist Ausdruck einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

Blicken wir in den Haushaltsentwurf und dabei in die Einzelpläne:

Nahezu unverändert ist die allgemeine Verwaltung aufgestellt. Die interne Verrechnung der EDV-Leistungen bringt dabei Mehreinnahmen, die nötig sind, um die Ausgaben für die Ausbildung unserer Beamten und Angestellten zu gewährleisten. Immerhin bilden wir derzeit 93 junge Menschen in den verschiedenen Berufsbildern der Verwaltung aus. Das ist sehr lobenswert.

Hier ein Satz zur Personalausstattung mit Stellenplan. Der Stellenplanentwurf wird verantwortungsvoll ausgearbeitet und letztlich durch den Personalausschuss genehmigt. Das Stellengremium nimmt einschneidende Korrekturen vor. Trotzdem wünschen wir uns noch mehr politische Beteiligung und Einbindung. Das geschieht künftig in Absprache mit unserem Präsidenten rechtzeitig vor der Abstimmung im Personalausschuss. Das Personalbudget steigt immerhin auf 65,5 Mio. € an und ist notwendig, damit die geforderten Aufgaben und Verpflichtungen vor allem zeitnah erledigt werden können.

Im Bereich unserer Schulen bleiben die Ansätze auch nahezu unverändert. Dabei möchte ich im Besonderen auf die Erstattung des Schulgeldes für die Schuljahre 2013/2014 und 2014/2015 hinweisen, die uns Ausgleich im Schulhaushalt verschafft. An dieser Stelle Dank an unseren Präsidenten für die Verhandlungen zur Schulbetreuung, die uns hoffentlich mit gesetzlichen Grundlagen im kommenden Jahr entlasten wird.

Im Agrarbildungszentrum in Landsberg schreitet die umfassende Sanierung voran. Vor wenigen Wochen konnte die Sanierung der Klassenräume und der Laborumbau eingeweiht werden. Wichti-

ge Voraussetzung für solide Ausbildung unserer Jugend. Jetzt ist der erste Gebäudeteil fertig saniert. Weitere Baumaßnahmen an Gebäude 4, sowie Gebäude 2 und 3 sind in Bau oder Planung. Ende 2016 soll dann alles fertig sein und das ABZ ist dann attraktiv, modern und gut gerüstet für die künftigen Anforderungen.

Große Anstrengungen sind in Johanneskirchen gefordert. Das Berufsbildungswerk ist nicht mehr zeitgemäß aufgestellt.

Viele Beratungen sind seit Planungsbeginn gelaufen, unterschiedliche Konzepte untersucht worden. Jetzt, nachdem eine entsprechende Vereinbarung bayernweit zur Zukunft der Berufsbildungswerke getroffen ist und die Notwendigkeit auch künftig festgestellt ist, können wir an die praktische Verbesserung unseres BBW's in Johanneskirchen herangehen. Ersatzbau oder Sanierung war und ist die Frage. Ein baufachliches Gutachten und eine Kostenberechnung für einen möglichen Ersatzneubau haben den Unterschied deutlich herausgestellt.

Sanierung ca. 30 Mio. €,

Ersatzneubau ca. 56,0 Mio.€.

Der Unterschied ist gravierend. Wir von der CSU sprechen uns ganz eindeutig für die Sanierung des Bestandes aus. Mit 30 Mil. €, diese Summe muss auch öffentlich vertreten werden, kann viel geschehen. Das BBW in Johanneskirchen ist zu forderst eine Bildungseinrichtung und die gilt es für die Zukunft zu stärken und fit zu machen. Berufsbilder werden sich verändern, daraus das notwendige Raumangebot. So sind z. B. große Druckmaschinen nicht mehr nötig. IT und moderne Medien ersetzen Maschinen. Auf diese Veränderungen müssen wir uns einstellen.

Jetzt wird das notwendige Raumprogramm mit dem Bestand abgestimmt und dann zur weiteren Entscheidung vorgelegt. Wir stehen zu unserem Berufsbildungswerk, weil es einen wichtigen Teil der Inklusion darstellt, junge Menschen in die Arbeitswelt zu integrieren und werden die vertretbaren Entscheidungen mittragen.

Verantwortlich sind wir auch für die Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt. Mit großen Summen sollte dort der Brandschutz und die Sanierung des Bestandes umgesetzt werden. Dies alles ohne Verbesserung der räumlichen Situation in den Klassenzimmern.

Deshalb treten wir für einen Ersatzneubau, der die Anforderungen an diese Schulart besser erfüllt, ein. Wir sind dankbar für die bis jetzt gelaufenen Gespräche in Ingolstadt und wir sind überzeugt, dass eine entsprechende Lösung für ein Neubaugrundstück gefunden wird, damit die notwendigen Millionen nicht in unverbesserten Bestand gesteckt werden.

Im investiven Bereich möchte ich die Baumaßnahmen Neubau Schule in Haar und Schule in Landsberg am Lech, benennen, die im Zuge der klinischen Investitionen notwendig sind.

Die Kulturarbeit im Bezirk Oberbayern ist ein wichtiges, unverzichtbares und öffentlich wahrnehmbares Markenzeichen unserer Arbeit. Dabei setzen wir unterschiedliche Schwerpunkte. Im kommenden Jahr steht unser Kulturfestival ZAMMA im Mittelpunkt. Auf dieses Fest für Jung und Alt, eingebunden in die oberbayerische Kultur, freuen wir uns alle.

Die Kulturarbeit und Denkmalpflege fördern wir im kommenden Jahr mit ca. 3,75 Mio. €, ein wichtiger Beitrag, damit draußen in den Dörfern und Städten Kulturarbeit möglich ist und bauliche Substanz erhalten wird.

Die Zuwendungen an die Museen, an denen wir finanziell beteiligt sind, erhöhen sich ebenfalls im Jahr 2015. Dabei ist uns wichtig, dass diese Erhöhungen nicht einseitig auf den Bezirk abgestellt werden, sondern eine gemeinschaftliche Aufgabe aller Beteiligten bleibt.

Eine wichtige Aufgabe erfüllen die Bereiche Volksmusikpflege, die Fachberatung Heimatpflege und das Trachteninformationszentrum. Das ist lebendige Kulturarbeit. Herzlichen Dank dafür.

An der Glentleiten entsteht ein neues Eingangsgebäude mit Museumsladen, Gastronomie und Brauerei. Die Planungen sind in vollem Gange. Wir halten an diesem wichtigen Projekt fest, auch

wenn der Wind von der Berggaststätte in Form einer Pediton uns entgegen bläst. Für die Besucher unseres Freilandmuseums ist diese Investition notwendig.

Besonders am Herzen liegt uns das Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon. Nach längerer Planungs- und Beratungszeit konnten vor wenigen Tagen Grundsatzbeschlüsse zur Seeoner Zukunft gefasst werden. Ein Betriebs- und Gastronomiekonzept, die Nutzung von Klosterweg 6, das ehemalige Hirschfeldanwesen, Klosterweg 15 mit Klosterladen, die Stärkung der Fachbereiche Fischerei und Imkerei am Standort Seeon und die Energieversorgung sind wesentlich vorangebracht worden. Ein großer Dank an die Verantwortlichen unter Federführung von Herrn Getzlaft, für die ausgereifte Vorbereitung. Jetzt gilt es, diese Planungen voranzutreiben und umzusetzen. Dies gelingt nur mit der Bereitschaft vor Ort, die Veränderungen positiv, mit Mut und Optimismus mitzutragen. Das erbitten wir uns herzlich.

Weiterhin bleiben wir auf der Suche nach einem Standort für ein Industrie- und Arbeiterkultur Museum in Oberbayern. Die Wanderausstellung ist sehr gut besucht. Dank an alle Initiatoren und Betreuer.

Mit dem Bezirksjugendring ist ein neuer Grundlagenvertrag ausgearbeitet und im Kultur- und Bezirksausschuss vorberaten. Darin sind die Aufgaben und Befugnisse des Bezirks, des Bezirksjugendringes und der Jugendbildungsstätte deutlicher beschrieben, auch die haushaltrechtlichen Belange sind klarer formuliert. Unsere Fraktion ist mit diesem Vertragswerk einverstanden und stimmt heute dem Beschlussvorschlag zu.

Die Kernaufgabe unserer bezirklichen Kompetenz liegt im sozialen Bereich.

Hier ist zunächst festzustellen, dass unser Sozialhaushalt erneut um 63,5 Mio. € steigt. Die Gesamtausgaben liegen bei 1,4 Mrd. €, der Zuschussbedarf bei 1,2 Mrd. € Positive Auswirkungen sind im Pflegestärkungsgesetz, das durchaus hätte besser ausgestaltet werden können,

in der Ausbildungsförderung bei Internatsunterbringung und in der Übernahme des Schulgeldes festzustellen.

Höhere finanzielle Belastungen liegen in der Entwicklung und Umsetzung der Inklusion, die in vielen Teilen schon gelebt wird, aber auch zum Beispiel im Bereich dezentraler Wohnformen noch ausgebaut werden kann.

Das berechnete Thema Inklusion wird uns noch lange begleiten, auch aus finanzieller Sicht.

Die Stellenschlüssel im Bereich der Hilfe zur Pflege wird uns ebenfalls mehr belasten. Das ist gerechtfertigt, denn gerade im Pflegebereich ist noch Potential der Verbesserung, deshalb muss gleichzeitig auch die Versicherungsleistung angepasst werden. Pflege gibt es nicht zum Nulltarif. Ein weiteres Augenmerk liegt auf unserer Vorgabe ambulant vor stationär. Gerade in diesem Bereich sind alle Akteure gefordert, die häusliche Pflege zu verbessern. Weiterhin steigt die Zahl der Leistungsberechtigten stetig an, das ist der demographische Wandel.

Über die Unbegleitet in die Bundesrepublik eingereisten Jugendlichen habe ich zu Beginn bereits gesprochen. Dieses Thema löst ebenfalls Mehrbelastung aus.

Die Hilfen für Menschen mit Behinderung steigen 2015 um ca. 44 Mio. € für Oberbayern.

In der Verteilung der Zuständigkeiten sind die Hilfen im Erwachsenenalter mit 74% der massivste Block.

In allen Ausgabefeldern steigen die Summen der Finanzleistungen an. Verbessertes Beratungsangebot, Individualbegleitung, integrative Einrichtungen, stationäres Wohnen und vieles mehr bedürfen höherer Aufwendungen. Die Zahl der Leistungsberechtigten steigt ebenfalls ständig an, so dass wir nicht nur in den Ausgaben, sondern auch in der Bearbeitung der Anträge personell gefordert sind.

Spannend wird die Zukunft der Werkstätten. Wie gelingt ein verbessertes und betreutes Angebot der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Wie gelingt eine Strukturverbesserung in den Werk-

stätten, der regulären Beschäftigung von Leistungserbringern. Wie gelingen noch mehr Integrationsprojekte in den Einrichtungen.

Die Ausgabe im Bereich der Werkstätten liegt bei knapp 287 Mio. € im Jahr 2015. Ein Anstieg gegenüber 2013 um 20 Mio. €. Im Herbst fanden Werkstattforen statt. Dieser Dialog soll weitergeführt werden, auch unter mehr Beteiligung aus der Politik, bei rechtzeitiger Terminabsprache sicher möglich.

Gerne möchte ich auch auf die Förderung der freien Wohlfahrtspflege hinweisen. Der Zuschussbedarf steigt um 4,5 Mio. € auf 67,3 Mio. €, seit 2012 ein Anstieg um 10,0 Mio. €.

Die Richtlinien für die offene Behindertenarbeit sind bayernweit neu gefasst worden. Zuverdient Arbeitsplätze werden weiter ausgebaut. Die Richtlinien für die Sozialpsychiatrischen Dienste gelten ab 1.1.2015 neu.

Der psychiatrische Krisendienst für Oberbayern soll weiter ausgebaut werden. Dazu sind wichtige Vorgaben in einem GSV-Projekt erarbeitet worden. Jetzt gilt es, den Krisendienst in die Region zu bringen.

Die ambulante psychiatrische Versorgung wird ebenfalls weiter ausgebaut.

Insgesamt sehen wir uns immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Auf diese Herausforderungen finden wir immer auch gemeinsam, über alle Ebenen in einem fairen Dialog, entsprechende Antworten.

In der Sozialplanung, die ja im kommenden Jahr fortgeschrieben wird, sind diese zusätzlichen Bedarfe weiter zu entwickeln.

Über die Zukunft der Regionalstelle in Ingolstadt ist im kommenden Jahr auch zu diskutieren. Soll sie weiter aufrechterhalten bleiben mit welchem Aufgabenbereich zum Beispiel Fallmanagement, und wie verfahren wir dann in der übrigen Region Oberbayern. Also, die Arbeit geht uns gerade im sozialen Bereich nicht aus.

Auf allen Ebenen geschieht die Sozialarbeit mit einer hohen fachlichen Kompetenz und unter einer engagierten und vorausschauenden Leitung.

An dieser Stelle gilt unser Dank der Sozialverwaltung, allen aus unserem Haus, die sich um die Mitmenschen sorgen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause sind.

Der Dank geht aber auch an unsere Partner in den Einrichtungen und der Wohlfahrtspflege für die konstruktive und ergebnisorientierte Zusammenarbeit.

Zuverlässig an Ihrer Seite, das ist die Unterschrift unter unserem Kommunalunternehmen kbo.

Seit Gründung einer Erfolgsgeschichte, die natürlich nur mit großer Anstrengung, viel Engagement und zielorientierter Planung möglich ist.

In diesem Jahr haben wir ein Personalentwicklungskonzept für das Gesamtunternehmen beschlossen. Das ermöglicht gleichermaßen über alle Unternehmenszweige hinweg die Entwicklung unserer Beschäftigten weiter zu bringen und ganz im Sinne von Kompetenz und Zuverlässigkeit auf dem heiß umkämpften Psychiatriemarkt zu bestehen.

Die Regionalentwicklung geht voran. Richtfest in Fürstenfeldbruck, Planung einer Psychiatrie mit Somatik in Wasserburg, Kinder- und Jugendpsychiatrie in Landsberg mit Angliederung einer Gerontopsychiatrie, um nur einige Schwerpunkte zu nennen.

Die weitere Entwicklung des APPM ist mit der Vereinbarung mit den Kostenträgern sicher gestellt.

Um die weitere Regionalisierung der psychiatrischen Vollversorgung und die Ausprägung von Kompetenzangeboten umzusetzen, ist ein Fach- und Organisationskonzept in Auftrag gegeben worden.

Das neue Entgeltsystem wird uns noch Jahre beschäftigen. Mit dem Zeitaufschub und der Intervention der Allgemeinpsychiatrie ist es gelungen, sich nochmals intensiv mit der Verteilung der

Finanzmittel zu beschäftigen. Hier gilt unser Dank vor allem Ihnen, Frau Dr. Bormann Hassenbach für Ihren bundesweiten Einsatz.

Auch ein gutes Stück weiter ist da Gesetzgebungsverfahren für ein Bayerisches Maßregelvollzugsgesetzes. Dieses Gesetzeswerk schafft Regelungen, die den Maßregelvollzug verbindlich erscheinen lässt. Es schafft mehr Transparenz und Sicherheit für Patienten, Mitarbeiter und Einrichtungsträger.

Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist die weitere Entwicklung unseres Kinderzentrums an der Heiglhofstraße. Die räumliche Situation, die Gliederung der Angebote, die medizinische Versorgung und die wissenschaftliche Entwicklung sind in einem Zukunftskonzept darzustellen. Die daraus notwendigen Entscheidungen sind zeitnah und gesamtverantwortlich zu treffen, damit diese einmalige klinische Versorgungseinrichtung für Kinder auch in Zukunft gut bestehen kann.

Die Aufgabenstellung der Geschäftsführung in der IT GmbH, die wir aus strategischen, wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten aktiv mittragen muß neu geregelt und durch interne Prüfsysteme begleitet werden.

An dieser Stelle gilt unser Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Kliniken, den Führungskräften der Konzernleitung, vor allem Ihnen, Frau Bormann Hassenbach und Ihnen Herr Spuckti für Ihren großen Einsatz. Weiter so, mit unserer Unterstützung.

Nicht unerwähnt bleibt die erfolgreiche Arbeit in unseren Baugesellschaften OH und DH. Hier vor allem Dank an die Bereitstellung von Wohnraum für Asylbewerber.

Verehrte Damen und Herren,

die genannten breitgestreuten Aufgaben und Investitionen können nur mit einem sicheren finanziellen Fundament und durch eine leistungsfähige und motivierte Verwaltung bewältigt werden. Das eine legen wir heute neu fest, das andere haben wir.

Der Haushaltsentwurf wurde in unserer Fraktion beraten.

Wir stimmen dem Haushaltsentwurf mit Stellenplan zu.

Wir stimmen der Senkung der Bezirksumlage um 2,0 Punkte zu.

Wir stimmen der Rücklagenentnahme zur Entlastung unserer Umlagezahler zu.

Wir stimmen der weiter möglichen Reduzierung der Schulden zu.

Damit ist unser Haushalt solide aufgestellt und steht auf sicherem Fundament.

Ein herzlicher Dank an unsere Finanzverwaltung, Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber mit Ihrem ganzen Team für die Vorbereitung, die Erläuterung und den verantwortungsvollen Einsatz.

Ein weiterer herzlicher Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Anstrengungen in der gesamten Bezirksverwaltung, in unseren Einrichtungen und Fachberatungen, im gesamten Kommunalunternehmen, in der Öffentlichkeitsarbeit mit Pressestelle und den Baugesellschaften.

Besonderer Dank an unseren Bezirkstagspräsidenten, an seine Stellvertreter und seiner Führungsebene für die verantwortliche Leitung des Bezirks Oberbayern.

Dank an unseren Kooperationspartner der SPD-Fraktion für die gute Zusammenarbeit.

Dank an meine Fraktion für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die immer engagiert und zukunftsorientiert ist.

Dank an alle politischen Fraktionen und Gruppierungen für die sachliche Zusammenarbeit.

Zusammen mit meiner Fraktion wünsche ich Ihnen neben all der Hektik besinnliche Adventsstunden und an Weihnachten das wärmende und friedvolle Licht aus der Krippe.

Für 2015 viel Elan, Mut, Optimismus, stabile Gesundheit und Freude an der bezirklichen Entwicklung in Oberbayern, zum Wohle unserer schönen Heimat.

Gottes Segen für uns alle, unsere Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD Herr Gerhard Wimmer

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der SPD Fraktion kann ich schon vorab sagen, wir werden dem vorliegenden Haushalt so zustimmen. Erlauben sie mir in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass uns dies in der momentanen finanziellen Situation unseres Bezirkes auch nicht besonders schwer fällt.

Als erstes unser Dank an die Kämmerei, hier im Besonderen an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, sowie ihr gesamtes Team, die wieder den Haushalt klar und übersichtlich gestaltet haben und uns dieses umfangreiche Zahlenwerk so vorgestellt und erläutert, dass unsere Fragen bereits im Vorfeld ausreichend und zufriedenstellend beantwortet wurden.

Die Senkung der Umlage um 2 Punkte und in diesem Zusammenhang der Abbau unserer Rücklagen ist richtig und mit Blick auf unsere Umlagezahler erforderlich. Auch der weitere Schuldenabbau ist zu begrüßen, denn wann sollte dies geschehen, wenn nicht jetzt. Es werden auch wieder andere Jahre auf uns zukommen.

Trotz der Senkung der Umlagepunkte ist es für uns wichtig, deutlich zu machen, dass in keiner Weise an den Leistungen, für die uns anvertrauten Menschen, gespart werden darf. Entsprechende Vorwürfe: „der Bezirk würde sich an den Leistungsempfängern gesundsparen“ wird von den Haushaltszahlen widerlegt. Die wiederholte Steigerung im Einzelplan 4, dieses Jahres um 63 Millionen Euro zeigt es überdeutlich. Da dies auch auf eine Steigerung der Fallzahlen zurückzuführen ist, war es in der Konsequenz erforderlich den Personalstand anzupassen und hierzu haben wir die Schaffung neuer Stellen entsprechend unterstützt.

Eine Befragung der Hilfebedürftigen sowie der, mit dem Bezirk im Kontakt stehenden Personen, hat hier ebenfalls ein positives Ergebnis gebracht, dies zeigt deutlich, dass von „einem Gesundsparen“ nicht die Rede sein kann.

In diesem Zusammenhang ein Dankeschön an die Beschäftigten in der Sozialverwaltung für ihren geleisteten Einsatz, für den Personenkreis der auf unsere Hilfen angewiesen ist. Um dies weiter gewährleisten zu können, legen wir auch in Zukunft Wert auf eine sozial-verantwortliche Personalpolitik. Wichtig und selbstverständlich ist für uns hierbei, dass die Hilfe für bedürftige Menschen in unserem Zuständigkeitsbereich nicht von der Kassenlage abhängig sein darf. Gerade dieser Personenkreis benötigt dringend verlässliche Finanzmittel, auch das ist ein wichtiger Baustein zur Inklusion.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung unserer Leistungen, spielt das geplante Bundesleistungsgesetz eine große Rolle. Aber leider werden die geplanten Milliarden, ob nun vorab oder später, voraussichtlich keine direkte Entlastung für die Bezirke bringen. Daher ist es für uns klar, dass dies in der Konsequenz zu einer Steigerung der Umlage führen wird, denn wir sind die Träger der Eingliederungshilfe in Bayern und wenn das Geld hierfür an die anderen Kommunen geht, müssen wir es über die Umlage wieder einfordern. Nur so können wir unseren Verpflichtungen gegenüber den Hilfebedürftigen gerecht werden.

Nun ein paar Themen, denen wir als SPD-Fraktion, in den kommenden Jahre vermehrte Aufmerksamkeit widmen wollen:

Der Beschluss der Landespflegesatzkommission zur möglichen Erhöhung des Stellenschlüssels in Pflegeheimen, wird in der Praxis nicht so umgesetzt wie es offensichtlich gedacht war. Die gewünschte Qualitätsverbesserung in der Pflege und die Entlastung des Personals werden bisher nicht flächen-deckend umgesetzt. Einige Träger verschaffen sich hierdurch einen Kosten-vorteil, und dies auf dem Rücken der Beschäftigten und auf Kosten der Qualität. Hier müssen wir über effektivere Kontrollmöglichkeiten des Bezirks nachdenken und versuchen den Druck auf die Träger zu erhöhen, um die Verbesserung des Pflegeschlüssels möglichst flächendeckend durchsetzen zu können.

Die erneut aufkommende Diskussion über eine Aufwertung der Pflegeberufe, durch den Anstoß der LH-München, bezüglich der zusätzlichen Leistungen für Erzieher, ist wichtig. Es ist in meinen Augen aber nicht der richtige Weg, hier müssen grundsätzliche Änderungen in der Ausbildung und anschließend auch an der Tarifstruktur vorgenommen werden.

Die Frage wie wir als Gesellschaft mit unseren Pflegebedürftigen Menschen umgehen, ist auch unter dem Gesichtspunkt der Inklusion zu sehen:

Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen am gesamten gesellschaftlichen Leben, dies ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Ein wichtiger Baustein für eine gelungene Teilhabe, ist die Teilhabe am Arbeitsleben. Wir unterstützen daher das Modellprojekt BÜWA (Begleiteter Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt), welches vom Bezirktag beschlossen wurde. Dass bei diesem Projekt das Staatsministerium und alle beteiligten Institutionen gemeinsam einen Weg suchen, um Beschäftigte aus Werkstätten für Behinderte in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln, sehen wir als richtigen Ansatz. Durch eine konkrete Betreuung sollten hierbei die Chancen erhöht werden, dass diese Beschäftigten auch langfristig im allgemeinen Arbeitsmarkt verbleiben können. Wichtig ist, dass das Rückkehrrecht in die Werkstatt gesichert ist und versicherungsrechtliche Fragen geklärt sind.

Dass es sich bei dem Modellprojekt nur um einen sehr begrenzten Personen-kreis handelt (345 in ganz Bayern), verstört auf den ersten Blick. Wir hoffen, dass es nicht wie in vielen anderen Fällen im Modellstatus stehen bleibt, sondern zu einer dauerhaften Lösung ausgebaut werden kann.

Nun zu den Kindern und Jugendlichen.

Wir begrüßen es sehr, dass der neue Grundlagenvertrag mit dem Bezirks-jugendring nun abgeschlossen werden kann und rechnen mit der erforderliche Zustimmung. Dies ist ein gelungenes Werk das, wie man hört auch von einigen anderen Bezirken gelobt und offensichtlich als eine Art Mustervertrag betrachtet wird.

Ein Dankeschön an die entsprechenden Gremien und die Verwaltung.

Seit Jahren beschäftigen uns die Fragen bezüglich der Schulbegleitungen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Nachfrage kontinuierlich steigt, jedoch die Finanzierung immer noch von den Bezirken geleistet werden muss. Für uns ist dies der falsche Ansatz, es ist erforderlich, die Qualifikationen und die organisatorische Zugehörigkeit klar zu regeln.

Wir fordern hier eine Anbindung an die Schule und das Lehrerkollegium, sowie eine entsprechende Qualifikation z.B. als „Inklusionshelfer“. Damit wäre auch die Frage der Finanzierung eindeutig geregelt.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und damit der Inklusion für Menschen mit Behinderung ist auch im Kulturbereich ein wichtiges Thema. Wir müssen Schritt für Schritt darauf hinarbeiten, dass barrierefreie Zugänge zu unseren Museen sowohl im Baulichen-, wie im Informationsbereich gewährleistet sind. Führungen, Flyer, Audioguides ect. sollte man auch in leichter Sprache gestalten.

Dies betrifft auch unsere Fachberatungen, hier müssen entsprechende Konzepte erarbeitet werden.

Von diesen Forderungen sind unsere Krankenhäuser nicht ausgenommen und es wird in Zukunft erforderlich sein entsprechend barrierefreie Zugänge und Informationen in allen Bereichen zur Verfügung zu stellen.

Dass sich unser Kommunalunternehmen mit der AWO zu einer gemeinsamen Gesellschaft zur Umsetzung der „Integrierten Versorgung“ zusammengeschlossen hat, ist ein wichtiger Schritt um ein neues zukunftsweisendes Versorgungskonzept auf den Weg zu bringen.

Das neue Maßregelvollzugsgesetz bringt in der Zukunft mehr Sicherheit sowohl für die Patienten, wie auch für die Beschäftigten.

Die Aufregungen der letzten Jahre, durch die teils zweifelhaften Presseberichte, haben viele Mitarbeiter verunsichert und das neue Gesetz trägt daher sicher zu einer Beruhigung in unseren forensischen Kliniken bei.

Wir müssen uns nun dafür einsetzen, dass in einem weiteren Schritt auch das „Psychisch-Kranken- Hilfe Gesetz“ erarbeitet wird.

Hier ein Dank an die Beschäftigten die trotz der schwierigen Zeit ihre Aufgaben weiterhin verantwortungsvoll erfüllt haben.

Viele Sorgen bereitet uns nach wie vor die Umsetzung des neuen Finanzierungssystems in den psychiatrischen Krankenhäusern. Es ist durch gemeinsame Aktionen und Appelle, über die Parteien hinaus geglückt, einige Verbesserungen zu erreichen, aber es bleiben immer noch viele Unklarheiten und damit ein großes Aufgabenfeld für unsere Krankenhausleitungen, um zu gewährleisten, dass wir zum Schluss nicht zu den Verlierern des Systems gehören werden.

Vor einem Jahr haben wir die Schaffung des Clearingheimes, für chronisch psychisch Kranke Patienten auf dem Gelände des IAK-München Ost, kritisch gesehen und befürchtet, dass es nicht zur Verwirklichung kommt. Umso mehr freut es uns, dass die Probleme gemeistert wurden und es ist soweit, die Finanzierung steht und die Einrichtung wird voraussichtlich im Frühjahr des kommenden Jahres ihre Arbeit aufnehmen können.

Die geplanten Baumaßnahmen in unserem KU gehen zügig voran. Der neue Aufnahmebereich wurde von Allen gut angenommen und stellt einen großen Schritt in Richtung einer zeitgemäßen psychiatrischen Versorgung dar.

Die aktuelle Problematik, Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen, sowohl im Erwachsenenbereich, wie im Bereich der KJP werde ich nicht im Detail aufgreifen. Hierzu haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht, dieser steht heute noch auf der Tagesordnung und wir hoffen auf eine breite Mehrheit für diesen Antrag.

Die SPD-Fraktion bedankt sich hiermit bei Herrn Spuckti und seinem Team und natürlich bei den Beschäftigten des KU, die gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Unternehmen in der schwierigen Krankenhauslandschaft weiter gut da steht.

Zum Schluss noch einige Bemerkungen zu unseren Baumaßnahmen:

Endlich besteht Klarheit über den Bau des Werkstattbereiches in Johanneskirchen. Im Sinne der dort Beschäftigten ist dies ein wichtiger Schritt. In den letzten Besprechungsrounden wurde klar, dass die sogenannte „Revitalisierung des Gebäudes“ nicht ganz den Wünschen der Leitung und der Beschäftigten entspricht, jedoch von Allen als tragbare Lösung gesehen wird. Wichtig, dass hier nun eine klare gemeinsame Linie gefunden wurde und die Planungen zügig vorangebracht werden können.

Problematisch stellt sich noch die fragliche Lösung für die Johann-Nepomuk von Kurz Schule und Tagesstätte in Ingolstadt dar. Hier scheint die angebotene Fläche nicht optimal und wir sind gespannt auf die ersten Planungen. Wichtig ist hierbei auch eine zukunftsweisende Planung, die die Aspekte einer inklusiven Beschulung und eine entsprechende Verzahnung mit dem Tagesstätten-Bereich ermöglicht.

Eine große Aufgabe steht mit dem Zukunftsprojekt für unsere Bildungsstätte in Seon bevor, die hier gemeinsam besprochenen Baumaßnahmen gehen in die richtige Richtung und tragen sicherlich zu einer Qualitätsverbesserung bei.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei Herrn Englbrecht und seinem Team für die gute Zusammenarbeit, vor allem im Bauausschuss und der Arbeitsgruppe Bau bedanken.

Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich bei allen Beschäftigten der Bezirksverwaltung, des Kommunalunternehmens und unserer Kliniken für die von ihnen erbrachten hervorragenden Leis-

tungen und wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen geruhsame Weihnachtsfeiertag und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Ich wünsche Ihnen liebe Bezirkstags-Kolleginnen und Kollegen schöne und ruhige Feiertag und freue mich, auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit im kommenden Jahr.

Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Frau Petra Tuttas

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer, sehr geehrter Herr Regierungspräsident Hiltenbrandt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der 3. Dezember wurde von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung“ erklärt. Es soll jedes Jahr auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen aufmerksam gemacht werden. An vorderster Stelle auf der Wunschliste am Tag der Menschen mit Behinderung stand die Forderung nach einem Bundesteilhabegesetz, das die Nachteile der bisherigen Eingliederungshilfe beseitigen soll. Die Menschen mit Behinderung wünschen sich beispielsweise, dass auch sie Geld sparen und behalten dürfen und nicht nur auf dem Sozialhilfeniveau leben dürfen. [Hintergrund <https://www.change.org/p/recht-auf-sparen-und-gleiches-einkommen-auch-f%C3%BCr-menschenmit-behinderungen-2600>]

Das Geld behalten darf offensichtlich stattdessen die bayerische Staatsregierung: Für diejenigen, denen das Leben ohnehin viel abverlangt, machte die Staatsregierung vor einem Jahr ein großes Versprechen: „Bayern wird in zehn Jahren komplett barrierefrei“ – im gesamten öffentlichen Raum, dazu sollte ein gesondertes Investitionsprogramm aufgelegt werden; 1,5 Milliarden würde die nötige Investitionssumme betragen. Aber was ist passiert? In den kommenden Doppelhaushalt wurden lediglich 20 Millionen eingestellt. Denn gewonnen hat Finanzminister Markus Söder. Entgegen dem Seehofer-Versprechen, Bayern in zehn Jahren barrierefrei zu machen, passiert nichts. Menschen mit Behinderung sollten wissen, wo die größten Barrieren auf sie lauern: in leeren Versprechen.

Leere Versprechen machen wir im Bezirk nicht.

Die Bezirke nehmen das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderung und der damit verbundenen Inklusion ernst. Wir erhöhen die Ausgaben um ca. 63 Millionen, -zur Erinnerung, das ist mehr als auf bayerischer Ebene in den Doppelhaushalt für den barrierefreien Ausbau eingestellt wurde! Wir senken trotzdem die Bezirksumlage, wofür zum einen die gute Konjunktur, zum anderen aber fast 30 Millionen aus unseren Rücklagen genommen werden müssen. Entnahmen aus Rücklagen lassen sich aber bekanntermaßen nicht wiederholen.

Doch von Seiten der Staatsregierung ist bis jetzt keine Bereitschaft zu erkennen, die Bezirke finanziell besser auszustatten: von 4,5 Milliarden, die Summe, die den Haushalt aller sieben Bezirke zusammen ausmacht, erhalten die Bezirke aus Landesmitteln lediglich 4%, das sind 7,8 Millionen, das ist erbärmlich! Alle anderen Zuschussmittel des Landes sind Finanzmittel, die aus kommunalem Steuerverbünden entnommen werden. Und selbst die versprochene Milliarde des Bundes als Vorab-Leistung geht größtenteils an uns Bezirken vorüber, die folgenden 5 Milliarden müssen wir uns durch die Umlage wieder von den Kommunen zurückholen. Von einer soliden Finanzierung durch 1/3 Kommune, 1/3 Land und 1/3 Bund sind wir noch meilenweit entfernt!

Trotz allem versuchen wir jedes Jahr den Haushalt des Bezirks so aufzustellen, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben bestmöglich gestalten können. So versuchen wir mit unseren Mitteln verantwortungsvoll umzugehen, aber was heißt das?

In Johanneskirchen steht das BBW für gehörlose und schwerhörige junge Menschen, die dort verschiedene Ausbildungen absolvieren können. Seit Jahren tragen wir die Entscheidung über Neu-

bau und Renovierung vor uns her. Die Entscheidung ist jetzt gefallen zugunsten einer abgespeckten Sanierung mit einer Grobkostenschätzung von 30 Millionen. Es sind allerdings noch nicht alle Voruntersuchungen abgeschlossen und so bleibt ein beträchtliches Kostenrisiko. Mit einer umfanglicheren Voruntersuchung hätte man dieses Risiko durchaus minimieren können. Die GRÜNE FRAKTION ist der Meinung, in Zukunft sollte sich der Bezirkstag bei Entscheidungen dieser Tragweite eine bessere Entscheidungsgrundlage schaffen. So bleibt zu hoffen, dass der Kostenrahmen eingehalten wird und nicht am Ende der Neubau doch die bessere Entscheidung gewesen wäre.

Im kommenden Jahr sollten wir auch die Abläufe in der Verwaltung nochmals versuchen zu optimieren und damit den Menschen mit Behinderung Erleichterungen verschaffen. Zu überlegen ist, ob Anträge -und alles was damit an Attesten, Gutachten usw. nicht in längeren Abständen eingereicht werden müssen, als es derzeit praktiziert wird, vor allem bei Behinderungen bei denen keine Besserung zu erwarten ist. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollten mehr Kompetenzen bei der Bearbeitung der Anträge eingeräumt werden. Das wäre vielleicht auch eine Motivation und ein Mittel, dem häufigen Personalwechsel entgegenzuwirken und damit insgesamt die Bearbeitungszeiten zu verkürzen. Ein Mangel, der uns immer wieder bei allen Besuchen in den verschiedenen Einrichtungen begegnet ist. Und vielleicht wäre es auch ein Weg dazu, die 37 freien Stellen in der Verwaltung zu besetzen.

In der Pflege begrüßen wir die anstehenden Änderungen, doch trotzdem bleibt noch viel zu tun. Der Pflegeberuf muss attraktiver werden, sonst werden vor allem in den Ballungsräumen die Stellen nicht mehr zu besetzen sein, die Einrichtung einer Pflegekammer. Der Pflegebegriff muss reformiert werden und auch nochmal neu zu überdenken ist die Aufteilung der Zuständigkeit zwischen stationärer und ambulanter Versorgung.

Bei der Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen fehlt die Sicht auf die Gesamtversorgung. Wie sieht der Bedarf der jeweiligen Patientengruppen eigentlich aus? Was brauchen sie denn? Was brauchen sie im der stationären Versorgung vorgelagerten Bereich? Haben wir tatsächlich ausreichend ambulante Krisensysteme? Haben die Betroffenen die Möglichkeit, schnell Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung zu bekommen? All das haben wir nicht, vor allem nicht außerhalb der Ballungszentren. Und im Gegenteil: bei bestehenden Einrichtungen, wie beispielsweise der PIA (psychiatrischen Institutsambulanz) in Waldkraiburg für Kinder und Jugendliche wird durch Bürokratie eine bestehende Einrichtung zerstört, wogegen wir uns als KBO-Kliniken und als Bezirk wehren sollten, zumindest als GRÜNE werden wir uns für den Erhalt der PIA dort einsetzen!

Die Kliniken stellen sich breit auf, die Standorte werden mehr, die Regionalisierung schreitet erfreulich voran. Angeblich soll die Einführung der PEPPS 2017 (psychiatrischen Entgeltpauschalen) auch dazu beitragen, die Versorgungsstrukturen zu verbessern. Aber das ermöglichen die PEPPS in vorliegender Form nicht. Bis jetzt sind sie so halbherzig ausgestaltet, dass man auf ihrer Grundlage keine zukünftige Versorgungsstruktur entwickeln kann. Die finanziellen Risiken des Ausbaus einer Versorgungsstruktur obliegen allein den Kliniken. Zwar wurde die Absenkung der Tagessätze bei längerer Verweildauer aus den PEPPs herausgenommen, aber überhaupt keine Beachtung bei der Ausgestaltung der PEPPS findet die Abbildung der Versorgungsstufe und die Berücksichtigung des Tatbestands, dass unsere Kliniken rund um die Uhr an sieben Tagen der Woche geöffnet sind. Die PEPPs sehen keine ausreichend finanzielle Ausgestaltung der Notfall und Vorhalteversorgung vor!

Dieser Fehler der bei der Einführung der DRGs in den somatischen Kliniken gemacht wurde, scheint sich auf fatale Weise bei den psychiatrischen Kliniken zu wiederholen. Es gibt die Möglichkeit als Optionshaus vorzeitig nach dem neuen System abzurechnen. Belohnt wird man dafür mit 2-3% mehr Finanzvolumen und man stellt einen wichtigen Beitrag zur Erhebung der Daten. Eigentlich kann man sich deshalb kaum dagegen entscheiden, andererseits wird dadurch ein Weg zementiert, den wir eigentlich nicht beschreiten wollten.

Einen ganz besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle den unabhängigen Patienten-Beratungsstellen, den PatientenfürsprecherInnen, allen die beim Projekt EX-IN mitwirken und allen anderen ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich aussprechen.

In eine ganz besonders große Lücke bei der Gesundheitsversorgung fallen die Flüchtlinge, die aus den Krisengebieten zu uns kommen, in der Hoffnung auf ein Leben, so wie wir es hier ganz selbstverständlich führen. Wir begrüßen es, dass der Bezirk sich dieser Probleme annimmt, aber wieder ist es so, dass sich Bund und Land am liebsten aus der Verantwortung ziehen und die damit verbundenen Kosten in gewohnter Manier auf die Kommunen abwälzen. Zudem hat sich die Staatsregierung bei der Unterbringung der Flüchtlinge nicht mit Ruhm bekleckert, ich bin überzeugt, im Bezirk hätten wir diese Aufgaben besser bewältigt, aber bis jetzt sind wir nur dazu auserkoren, nach einem vollkommen intransparentem Verfahren für die Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu bezahlen.

Die Förderung der Umwelt und Kultur, macht zwar nur einen geringen Teil unseres Budgets aus, ist jedoch ein wichtiger Identifikationsfaktor mit Oberbayern. Ein Aushängeschild ist unsere Heimatpflege. Nicht muffig und konservativ, sondern mit kritischem Blick werden die Augen für die vielen Facetten von Heimat, Tracht, Volksmusik, gelegt. Absolut vielfältig unser Programm. Angefangen beim Schafhof, dem Popmusikbeauftragten, dem Trachteninformationszentrum, der Denkmalpflege, das Volksmusikarchiv und das Wirtshaussingen, ich freue mich auch schon auf die Kultur- und Jugendtage in Freising, das ZAMMA im kommenden Jahr und ich danke an dieser Stelle gerne dem Bezirksjugendring für seine hervorragendes Engagement. Es ist besonders erfreulich,

dass das Thema Inklusion auch im Kulturbereich einen wichtigen Stellenwert hat: 'Kunst inclusive' sind absolute Erfolgsmodelle, mit denen sich der Bezirk schmücken kann und wir hoffen, dass dies weiterhin so erfolgreich fortgeführt wird und vielleicht auch noch erweitert werden kann, z.B. durch 'Literatur inclusive'. Ein besonderer Dank dem unermüdlichen Einsatz des Kulturreferats, das uns schon sehr viele sehr wunderbare Veranstaltungen beschert hat.

Morgen endet die UN-Klimakonferenz in Lima. 12 Tage wurde um Maßnahmen gerungen, die drohende Klimaerwärmung und ihre Folgen einzudämmen. Auch Deutschland beteiligt sich an den Absichtserklärungen.

Aber mit Absichtserklärungen dürfen wir uns nicht begnügen. Wir im Bezirk haben die Möglichkeit, mit gutem Beispiel voran zu gehen. So innovativ wir bei der Kultur sind, so sollten wir auch die Vorreiterrolle beim Thema Umwelt einnehmen: Auf neues einlassen sollten wir uns bei der Wärmeversorgung im Konzept für das Kloster Seeon, als öffentlicher Anbieter sollten wir immer auch Vordenker sein und mit gutem Beispiel vorangehen, und so hoffen wir, dass wir dort ein Strom-und Wärmekonzept mit ausschließlich regenerativen Energien entwickeln und bauen können.

An dieser Stelle möchte ich an Präambel der Umweltleitlinien der Verwaltung des Bezirks Oberbayern erinnern. Die Umweltleitlinien sind Bestandteil der Umwelterklärung, die noch heute die Grundlage unserer Entscheidungen sein wird. Darin steht:

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist nach Art. 141 der Bayerischen Verfassung der besonderen Fürsorge jedes Einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut. Als Bezirk Oberbayern wollen wir die Belange des Umweltschutzes bei der Erfüllung unserer Aufgaben berücksichtigen. Das Bestreben, die Umwelt zu schützen, ist für uns eine Verpflichtung gegenüber der jetzigen und den nachfolgenden Generationen. Mit unseren Bemühungen sind wir bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der Umweltsituation zu erreichen."

Zurück zum Haushalt: Die Grünen stimmen dem Haushaltsentwurf zu. Wir tun dies, weil wir die Erstellung des Haushalts für angemessen und transparent halten. Wir tun dies, weil wir der Überzeugung sind, dass die eingestellten Mittel benötigt werden, um unsere Pflichtaufgaben und die freiwilligen Leistungen zu erfüllen. Eigentlich bräuchten wir noch mehr Mittel, aber wir sind auch solidarisch mit den klammen Kommunen. Und wir stimmen dem Haushalt zu, obwohl Bund und Land eigentlich alles dafür tun, dass man den Haushalt ablehnen sollte.

Daher, Herr Bezirkstagspräsident Mederer, wenn Sie beispielsweise mal bei den FAG-Verhandlungen etwas kräftiger auf den Tisch hauen würden, würden wir das begrüßen, den mit Bescheidenheit kommt man offensichtlich auf den höheren Ebenen nicht voran. Denn wir möchten nicht mit leeren Händen und leeren Versprechen dastehen.

Danken möchte ich heute allen, die dazu beitragen die Aufgaben des Bezirks mit Leben zu erfüllen. Da wäre zunächst die Finanzverwaltung, der es gelungen ist, den Haushaltsentwurf in einem transparenten Verfahren aufzubereiten, und der neuen Fraktion verständlich vorzustellen. Dafür Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber und dem ganzen Team ein herzliches Dankeschön.

Danken möchte ich im Namen der Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den Einrichtungen und den Kliniken des Bezirks Oberbayern für Ihr Engagement und Ihren Einsatz, der häufig über das allgemein übliche Maß hinausgeht. Unser Dank gilt ebenso dem Gesamtpersonalrat und dem Betriebsrat sowie dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Kliniken. Danken möchte ich auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen und dem Präsidium, für ein faires, offenes Miteinander. Ihnen allen frohe Festtage, eine geruhliche Zeit „zwischen den Jahren“, ein gesundes und glückliches Neues Jahr.

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler Herr Rainer Schneider

- es gilt das gesprochene Wort -

Verehrtes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine verehrten Damen und Herren,

zu Beginn meiner kurzen Rede möchte ich im Namen meiner Fraktion, aber auch persönlich, ein herzliches Dankeschön den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs aussprechen. Ein besonderer Dank gilt Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber für die ausführlichen Erläuterungen der Unterlagen und die Bereitschaft, auf alle Fragen umfassende Antworten zu geben.

Aufgrund dieser Vorarbeiten konnte sich unsere Fraktion intensiv mit dem Haushaltsentwurf auseinandersetzen und zu einem einmütigen Ergebnis kommen.

Wir haben uns vor allem mit der langfristigen Finanzierbarkeit der Bezirksaufgaben befasst und konnten die im Haushaltsentwurf beinhalteten Vorschläge nachvollziehen.

Die Fraktion der Freien Wähler stellt fest, dass aufgrund der scheinbar stabilen konjunkturellen Entwicklung sowie der wohl noch über einen etwas längeren Zeitraum anhaltende Druck auf die Zinsen in der Folge auch eine stabile Umlagekraft gewährleisten werden kann. Damit erscheint auch eine Senkung der Bezirksumlage um 2 Prozentpunkte, auf dann 19,5 %, möglich.

Zum Zweiten haben die Höhe der Rücklagen sowie die damit verbundene Liquidität das von uns immer geforderte Niveau erreicht, zum Teil sogar überschritten, sodass wir auch der Rücklagenentnahme um ca. € 30 Millionen folgen können.

Drittens können wir testieren, dass die Schuldentilgung weiterhin in einem sehr vernünftigen Rahmen vorgenommen wird und sich damit derzeit die Gesamtsituation des Bezirkshaushalts konsolidiert hat.

Aus diesen Gründen ist es nur logisch, der Empfehlung des Bezirksausschusses zu folgen und dem Haushalt 2015 mit den dazugehörigen Bestandteilen zuzustimmen.

Meine Fraktion möchte auch ein paar kritische Worte anmerken:

Als Kommunalpolitiker sind wir uns der Gesamtverantwortung innerhalb der kommunalen Familie sehr bewusst und es ist deshalb beileibe kein Selbstverständnis, dass wir dem Haushalt zustimmen.

Insbesondere da der Freistaat beim Art. 15 FAG trotz ständig steigender Kosten „die Füße ganz still hält“.

Es wäre ein Gebot der Stunde im Sinne der Betroffenen aber auch der guten Haushaltslage geschuldet gewesen die Mittel deutlich aufzustocken. Aber man hat getan was man immer tut:

Es wurden neue Ausgabenposten eruiert, anstatt die schon anfallenden Belastungen für die bereits vorhandenen Aufgaben ordentlich mit Geld auszustatten.

Das ganz große Thema der Behindertenrechtskonvention mit der Teilhabe wurde bislang in keins-ter Weise erwähnt, geschweige mit Geldern ausgestattet.

Es sieht so aus, als würde der Freistaat hier die Kommunen im Regen stehen lassen.

Wir sind gespannt!

Es spricht derzeit nämlich niemand über Standards oder auch nur über die ungefähren Kosten einer vollständigen Teilhabe.

Wenn dies in einer scheinbar guten konjunkturellen Situation nicht getan wird, gibt es dann das böse Erwachen erst bei einer Abschwächung der Konjunktur?

Denn diese können wir, angesichts der Vorgänge bei EU und EZB, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erwarten.

Ebenso: „Wie geht es mit den unbegleiteten Minderjährigen weiter?“

Ich habe diese wenigen Punkte im Sinne einer ehrlichen und wertschätzenden Diskussion um Menschen mit besonderen Bedürfnissen angesprochen und nicht um die vorweihnachtliche Stimmung zu vermiesen.

Gestatten Sie mir, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer, Ihnen und Ihrem gesamten Team, in Verwaltung und den Einrichtungen, für die Vorgaben zu einem klaren wirtschaftlichen Rahmen und die stetige Überprüfung der Ausgabennotwendigkeiten zu danken und Ihnen auch weiterhin bei dieser Vorgehensweise die Unterstützung der Freien Wähler zu versichern.

Verehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Namen der Fraktion der Freien Wähler,
wie auch persönlich,

danke ich Ihnen für die stets konstruktive und parteiübergreifend auch sehr freundschaftliche Zusammenarbeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und Gesundheit, Glück und Erfolg im Jahr 2015.

Vielen Dank.

**Haushaltsrede der Bayernpartei
vorgetragen von Herrn Bezirksrat Florian Weber**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

vorweg möchte auch ich mich im Namen der Bayernpartei ganz herzlich beim Kämmerer Herrn Getzlaff, sowie bei Frau Hirschhuber für die ausführliche und kompetente Vorstellung des Haushaltsentwurfes in unserer Fraktion recht herzlich bedanken!

Vieles ist zum Haushalt 2015 bisher schon gesagt worden, sei es das enorme Gesamtvolumen von rund 1,5 Milliarden €, die Steigerungen des Sozialbereichs um über 60 Millionen € und vieles mehr. Ein Rekordhaushalt und das in einem Jahr, in dem der Bezirk Oberbayern sein 60jähriges Bestehen feiern konnte.

Die Bezirke und in unserem Fall der Bezirk Oberbayern sind ein, aus unserer Sicht, sehr positives Beispiel staatlichen Wirkens in Bayern. Und dies sehen wir nicht nur so, weil die Bayernpartei an der Schaffung der Bezirke maßgeblich beteiligt war.

Ein Grundgedanke bei der Gründung der Bezirke war es unter anderem, den innerbayerischen Föderalismus zu stärken. Föderalismus ist nämlich keine Spielart, sondern vielmehr ein Wesensmerkmal der Demokratie. Dieses Ziel muss gerade heute noch intensiver verfolgt werden. In Zeiten steigender Demokratie und Politikverdrossenheit ist die Stärkung der kommunalen Ebenen, gerade auch des Bezirks, ein mögliches Mittel dem entgegen zu wirken.

Ein Problem in dieser Hinsicht ist aber, dass der Bezirk im Bewusstsein vieler Menschen nicht verankert ist, sofern sie nicht dort beschäftigt oder Leistungsbezieher sind. Deshalb müssen wir in Sachen Öffentlichkeitsarbeit noch mehr tun. Ein Beispiel dafür ist, dass die Presse bei den Sitzungen des Bezirkstages kaum vertreten ist. Dabei will ich das Bemühen der Bezirkstags-Verwaltung nicht in Frage stellen. Betrachtet man die Pressespiegel, so sind diese sehr umfangreich, doch tatsächlich wird dort ja alles aufgenommen, was unsere Einrichtungen tangiert. Politische Entscheidungen oder Diskussionen des Bezirkstags werden, mit Ausnahme der Bayerischen Staatszeitung mit ihrem nicht sehr großen Verbreitungsgrad, kaum wahrgenommen. Hier sollten wir alle noch aktiver werden.

Aus den Haushaltszahlen wird dagegen ersichtlich, welche wichtigen Aufgaben der Bezirk leistet.

Im sozialen Bereich wird dies natürlich am augenfälligsten. So steigen in diesem Bereich die Ausgaben deutlich an und dies vor allem nicht wegen dramatisch gestiegener Zahlen betroffener Menschen, sondern primär wegen einer Ausweitung der Leistungen in einzelnen Bereichen. Dies ist auch grundsätzlich positiv, wenn man z. B. an das persönliche Budget denkt, oder auch das uns vorgegebene Thema Inklusion.

Gleichzeitig stellen uns diese Aufgaben aber langfristig auch vor finanzielle Belastungen, die sehr massiv werden können. So sehen wir zum Beispiel bei dem Einsatz von Schulbegleitern Probleme, die auch von Lehrern immer öfter vorgebracht werden. Dabei geht es zum einen um eine tatsächliche Mehrbelastung der Pädagogen, wie auch die Aufmerksamkeitsproblematik bei Schülern. Zum anderen entstehen auch enorme Kosten durch qualifiziertes Personal. Daher bedarf es einer Einzelfallbetrachtung, auch um dem behinderten Schüler bestmöglich gerecht zu werden. Denn im Einzelfall kann das bedeuten, dass die Entwicklung in einer besonderen Einrichtung für die Betroffenen besser sein kann. Leider ist eben nicht jeder für die Regelschule geeignet. Darüber hinaus sind die Kosten leider ebenso im Auge zu behalten.

In den anderen Bereichen sind die Ausgaben deutlich geringer.

Ausdrücklich begrüßen wir die Entwicklungen im Bereich Kultur. Hier wird eine kleine Steigerung vorgenommen. Es ist eine vornehmliche Aufgabe des Bezirks Oberbayern, die altbayerische Kultur zu fördern und zu unterstützen. Ein besonders gelungenes Beispiel ist aus unserer Sicht die Arbeit des Volksmusik-Archivs mit seiner großen Zahl an Veranstaltungen, die alle diesem Ziel dienen.

Die Aufgabe des Bezirks sehen wir nicht in einer allgemeinen Kulturförderung. Dafür sind Land und Bund zuständig.

Die Ausgaben für Imkerei und Fischerei sind unserer Meinung nach gerechtfertigt, geht es hierbei doch auch um die Aus-, Fort-, und Weiterbildung einer großen Zahl von oberbayerischen Freizeit-Imkern und Anglern, die artgerecht und kompetent arbeiten sollen. Die geplanten neuen Stellen in diesen Bereichen für das Jahr 2016 werden wir deshalb auch mittragen.

Zum Thema Bauprojekte gäbe es eine ganze Reihe von Anmerkungen. Grundsätzlich wünschen wir uns aber in diesem Bereich eine möglichst bedarfsgerechte aber auch optisch regional- bzw. ortstypische Bauweise. In Sachen Energieversorgung ist dabei eine Nutzung regenerativer Energien wünschenswert, dies darf aber nicht, im wahrsten Sinne des Wortes, um jeden Preis erfolgen.

Die Senkung der Bezirksumlage, besonders auch durch die Einbringung von Rücklagen, ist ein starkes Signal an die Landkreise und kreisfreien Städte. Macht dies doch deutlich, dass der Bezirk Oberbayern kein Interesse daran hat, sich auf Kosten der anderen kommunalen Ebenen gesund zu stoßen, sondern seine Aufgaben mit Augenmaß und gebotener Sparsamkeit umsetzt. Die künftigen Probleme mit den Kosten der Eingliederungshilfe und die daraus resultierende Entwicklung der künftigen Bezirksumlage wurden schon mehrfach angesprochen und müssen von mir deshalb nicht wiederholt werden.

Aus unserer Sicht hat sich der Schuldenstand positiv entwickelt. Es werden keine neuen Schulden gemacht, sondern im Gegenteil diese so weit als möglich weiter reduziert. Hier könnten sich einige Landkreise und Gemeinden etwas vom Bezirk abschauen.

Sie haben aus meinen bisherigen Worten sicherlich schon den Schluss gezogen, was jetzt kommt. Die Fraktion der Bayernpartei stimmt dem Haushaltsentwurf des Jahres 2015 zu.

Wir möchten es an dieser Stelle auch nicht versäumen uns beim Bezirkstagspräsidenten, so wie bei den Kolleginnen und Kollegen aller Parteien, für die konstruktive und positive Zusammenarbeit zu bedanken.

Gleichzeitig wünsche ich Ihnen allen eine besinnliche und fröhliche Weihnachtszeit!

**Haushaltsrede der FDP
vorgetragen von Frau Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Reden sind schon geschwungen, trotzdem gibt es aus der FDP noch ein paar Dinge auf die wir hinweisen wollen, zum Einen ein herzlicher Dank an Herrn Getzlaff für die wunderbare Vorbereitung und Information und jederzeit die Bereitschaft Fragen zu beantworten. Es ist immer wieder ein Vergnügen sich mit Ihnen auf den Haushalt vorzubereiten. Auch wir sind im Grunde nach mit der soliden und transparenten Vorgehensweise mit dem Haushalt zufrieden. Wir möchten aber auch auf unsere Punkte, die uns immer wieder beschäftigen und umtreiben, noch einmal herausarbeiten, die sich in diesem Haushalt widerspiegeln.

Wir haben, ich habe in allen diesen Reden, insbesondere eines wahrgenommen, wenn um Inklusion gesprochen wird, wird von einem Kostenfaktor gesprochen, das finde ich ehrlich gesagt etwas bedauerlich. Inklusion ist eine riesen Chance für uns als gesellschaftspolitische gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu der wir als Bezirk eine besondere Verantwortung haben diese einzubringen in die Gesellschaft und umzusetzen und an der Stelle sehe ich auch die Landesregierung und andere höhere Ebenen in der Verantwortung hier genauso mitzuarbeiten.

Ein Beispiel ist aus meiner Sicht das vielzitierte Bundesleistungsrecht, das dringend gebraucht wird und zwar nicht um nur die Kosten einfach anders zu verteilen, sondern weil es einfach für die betroffenen eine ganz andere Stellung bedeutet, eine echte gelebte Inklusion darstellt, weil der Mensch im Mittelpunkt steht und damit die Behindertenrechtskonvention auch tatsächlich im Recht mal umgesetzt wird. Es ist bedauerlich, dass hier so wenig Animation und Interesse in den hohen Ebenen besteht das Thema anzupacken. Zum Beispiel: „Hilfe zur Eingliederung“ auch schon viel zitiert, dass es eben nicht bei uns landet, sondern das es nur indirekt zu uns kommt, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Chance hier neu zu gestalten einfach nicht in Angriff genommen wird.

Die unbegleiteten Jugendlichen werden nachher noch in der SPD diskutiert, daher lasse ich dieses Thema außen vor. Ein anderes Thema was bei uns in der Ausschussgemeinschaft natürlich viel besprochen und eng begleitet wird, ist das große Bauvorhaben in Johanneskirchen. Wir schließen uns der Meinung der Grünen an der Stelle eindeutig an, dass aus dem jetzigen Beschluss noch ein immenses Kostenrisiko abzuleiten ist, weil die wirkliche Untersuchung nicht abgeschlossen ist und auch der wirkliche Bedarf noch nicht 100% mit dem jetzt vorhandenen Planungsstand abgedeckt ist.

Ich möchte mich ausdrücklich bei Frau Haberkorn, der Leitung des BBW bedanken, dass sie die vielen Jahre über die wir dieses Thema diskutieren, die Geduld und Hartnäckigkeit nicht verloren hat, ihre Bedürfnisse und ihre Anforderungen gegenüber immer wieder einzubringen, um eine möglichst gute Lösung zu finden. Ich bin der Meinung wir haben das Thema noch nicht abgeschlossen und ich hoffe, dass wir hier eine wirklich gelungene Lösung, auch im Hinblick auf unseren Haushalt, finden werden und nicht eine offen vordergründige günstige, die am langen Ende noch einen bitteren Nachgeschmack bekommen wird.

In diesem Zusammenhang haben wir gehört, dass die Planung gesichert sei, den neuen übergreifenden Bezirksvertrag zum BBW vorliegen haben, grundsätzlich ist es Basisgrundlage für das wei-

tere Vorgehen in Johanneskirchen, aber ich musste auch mit Bedauern feststellen, dass wir zu diesem Vertragswerk politisch keinerlei Möglichkeiten hatten uns einzubringen, der Vertrag wurde uns vorgestellt und vorgelegt zu einem Zeitpunkt, wo überhaupt keine Möglichkeit mehr war Besprechungen und Ideen miteinzubringen. Das finde ich sehr schade, wir sollten früher damit anfangen darüber zu diskutieren, um nach den besten Ideen und Lösungen zu suchen, die sich dann in einem solchen Werk niederschlagen können.

Insgesamt finde ich es sehr, sehr schön, da ein ganz direktes Dankeschön an den Herrn BTP Mederer, auch in seiner Funktion als Bezirkstagspräsident, dass er sich für die Themen mit den höheren Ebenen wesentlich kritischer und reibungsvoller auseinandersetzt, als ich das in den letzten Jahren beobachten konnte, dadurch denke ich bekommen wir als Bezirksebene wirklich gute Lösungen, wie z.B. beim Thema Schulgeld, etc., einfach um überhaupt in einem lösungsfähigen Regelwerk zu landen.

Was ich noch zur Inklusion anbringen möchte, ist das Thema des persönlichen Budgets in der Sozialverwaltung, was wir ja als Modell umsetzen. Auch hier wäre es schön wenn wir noch viel kreativer im bedarfsgerechten Umgang mit solchen Verwaltungsregeln eine Lösung finden. Viele sind mit der jetzigen Verwaltungsorganisation bei diesen persönlichen Budgets noch nicht angekommen, die Berechtigten sind noch mit vielen Vorbehalten behaftet, hier ist es aus meiner Sicht immer wieder wichtig, dass wir in Gesprächen bleiben und gute Lösungen finden, auch dass es bei uns wahrgenommen wird.

Dieses Thema wird in meinen Augen durch die Diskussionen und durch die Projekte, die wir hier abwickeln im GSV-Gremium sehr lebendig umgesetzt. An der Stelle möchte ich mich dafür bedanken, dass wir eine so konstruktive Zusammenarbeit im GSV-Gremium haben und sehr kreativ nach Lösungen ringen können. In dem Zusammenhang auch mein Dank an die Verwaltung, die hier sehr intensiv mitmacht und uns auch als Bezirksräte begleitet, dass ist immer wieder eine Freude hier in unseren gemeinsamen Gesprächen nach Lösungen zu suchen.

Wir als FDP sind mit diesem Haushalt zufrieden, da er Schulden abbaut, weil er stabil ist. Wir sind ein wenig kritisch, dass weiterhin Rücklagen abgebaut werden, die womöglich später mal fehlen werden, aber in der Gesamtverantwortung der kommunalen Familie sehen wir diese Notwendigkeit sehr wohl, allein die Höhe ist eventuell vielleicht nochmal irgendwann ein Bumerang, den wir aber nicht wirklich drohend auf uns zukommen sehen. In diesem Sinne fällt es uns leicht hier die Zustimmung zu geben.

An alle Kolleginnen und Kollegen und an alle Mitglieder der Verwaltung ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr und wir freuen uns auf die weiterhin gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

Haushaltsrede der ÖDP
vorgetragen von Bezirksrat Tobias Ruff

-es gilt das gesprochene Wort-

Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

zu Beginn meiner Rede möchte ich dem Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Haushalts 2015 danken. Die Erstellung des Haushalts ist jedes Jahr wieder ein Kraftakt, der viele Ressourcen bindet, aber auch viel Sachverstand erfordert.

Mein Dank gilt aber auch den vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich Tag für Tag, oft auch Nacht für Nacht beim Bezirk Oberbayern und unseren Eigenbetrieben für unseren Bezirk und die Bevölkerung einsetzen. Ohne deren Engagement, ihr umsichtiges Handeln, immer auch mit einem Blick auf die Belange des Arbeitgebers, wäre es nicht möglich so einen Haushalt vorzulegen.

Sehr geehrter Herr Getzlaff, Sie und Frau Hirschhuber haben sich auch dieses Jahr wieder Zeit genommen, und uns Bezirksräten den Haushaltsentwurf anschaulich und verständlich erklärt. Herzlichen Dank hierfür.

Ich durfte in dem guten Jahr, in dem ich nun im Bezirkstag bin immer wieder erleben, dass sich die Verwaltung sehr viel Mühe gibt, uns Bezirksräten ihre Sichtweise näher zu bringen und Entscheidungen mit uns abzustimmen. Dies geschieht bei Besuchen in den einzelnen Einrichtungen vor allem aber auch in den, den Ausschüssen vorgeschalteten Arbeitsgruppen.

Kurzum, die Zusammenarbeit ist sehr gut.

Ich möchte aber auch nicht verhehlen, dass darunter die Diskussionskultur in den Ausschüssen und im Plenum leidet. Viele Tagesordnungspunkte werden gar nicht erst aufgerufen. Es kommt kaum mehr zu Kontroversen, die Abstimmungsergebnisse sind eindeutig. Es herrscht oftmals eine Kuschatmosphäre. Dabei wissen viele von uns aus eigener Erfahrung wie lebendig es in anderen Kommunalparlamenten zugehen kann.

Auf Dauer kann dies sehr bedenklich sein. Wir haben als Bezirksräte nämlich nicht nur die Aufgabe unseren Präsidenten zu wählen, die Richtung, Effizienz und die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns zu kontrollieren. Was ja durch den regen Austausch mit der Verwaltung zweifelsfrei geschieht.

Genauso wichtig ist die Kommunikationsfunktion/Öffentlichkeitsfunktion: Sie lässt sich unterteilen in Repräsentations- oder Artikulationsfunktion. Die Bezirksräte sollen die in der Öffentlichkeit und die im Rat vorhandenen Auffassungen zum Ausdruck bringen. Dies geschieht nur in unzureichendem Maße, wenn in vorab Gesprächen jeder mögliche Konflikt entschärft und Diskussionen geglättet werden.

Auch heute sind wieder keine Journalisten anwesend. Warum? Wir werden mit einer großen Mehrheit den Haushalt verabschieden. Zu Diskussionen wird es aller Voraussicht nach kaum kommen. Fazit wir sind für die Presse und damit für die Öffentlichkeit nicht interessant genug. Dabei ist die Verabschiedung des Haushalts die vornehmste aller Aufgaben des Bezirkstags.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist durchaus eine Qualität dieses Gremiums, dass viele Entscheidungen im Konsens fallen. Lassen Sie uns dabei aber nicht

vergessen, dass in der Öffentlichkeit auch erkannt werden sollte, dass wir um die besten Entscheidungen auch mit Nachdruck ringen, und dabei auch keine Mühen scheuen. Nur so können wir die Wahrnehmung des Bezirks nach außen stärken.

Wir ÖDP Bezirksräte stehen voll hinter der Existenz der Bezirke und liegt deshalb die Wahrnehmung und die Wahrnehmbarkeit der Bezirke sehr am Herzen.

Sehr geehrter Herr Getzlaff, Sie haben auch dieses Jahr wieder einen Haushaltsentwurf ohne geplante Neuverschuldung vorgelegt. Die Schulden werden auch dieses Jahr wieder leicht, um ca. 4 Millionen Euro abgebaut. Ein Haushalt also der die langfristige Handlungsfähigkeit des Bezirks im Blick hat.

Es ist wiederum möglich die Bezirksumlage um 2,0 Prozentpunkte zu senken. Die Gemeinden werden es uns danken. Auch deren Aufgaben nehmen ständig zu. Und die Situation nicht jeder Gemeinde ist so rosig, wie uns die insgesamt gestiegene Umlagekraft glauben lässt.

Allerdings ist es auch Teil des Haushalts, dass in 2015 aus der allgemeinen Rücklage rund 30 Millionen Euro entnommen werden. Wir leben also von den guten Zahlen der letzten Jahre. Wären die vergangenen Jahre nicht so überaus positiv verlaufen, so wäre eine Senkung der Bezirksumlage nicht möglich gewesen. Oder aber wir hätten sogar neue Schulden aufnehmen müssen.

Dabei muss uns bewusst sein, dass die Umlagekraftzahl auf einem Allzeithoch ist. Die Einnahmesituation, oder sollte ich besser sagen die Grundlage unserer Einnahmen ist also so gut wie nie.

Und das sollte uns zu denken geben. Unsere Aufgaben und Ausgaben wachsen in einem Maß an, mit dem wir momentan aufgrund der Einnahmen zwar umgehen können, wir aber nicht wissen wie wir damit zurechtkommen wenn die Konjunktur nachlässt.

Angesichts der Fülle von Herausforderungen sollten wir keine Anzeichen von finanzpolitischer Selbstzufriedenheit zeigen. Unsere Finanzreserven können nur für wenige Jahre eine Absicherung darstellen.

Nachdem die Steigerung des Einzelplans 4 SOZIALES im letzten Haushalt fast 40 Millionen Euro betrug, werden nun für 2015 über 63 Millionen angesetzt. Zur Erinnerung die Allgemeine Rücklage wird Ende 2015 unter 150 Millionen betragen. Hält die Entwicklung im Teilhaushalt 4 an, so könnten wir eine konjunkturelle Eintrübung gerade einmal gut 2 Jahre überstehen.

Meine Vorredner haben schon eine Reihe von den Herausforderungen dargestellt, denen sich der Bezirk Oberbayern in den kommenden Jahren stellen muss. Ich möchte mich daher darauf beschränken diese nur skizzenhaft zu beschreiben und wo nötig zu ergänzen.

Zuvorderst ist der Demographische Wandel zu nennen. Die Zahl der Leistungsbezieher wird in den kommenden Jahren zunehmen. Die Zahl der Schultern, die dies zu tragen haben wird trotz der großen Anziehungskraft des Wirtschaftsraumes Oberbayern nicht in gleichem Maße ansteigen.

Die Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung entlastet uns. Es ist aber zu befürchten, dass sie nicht den Erfordernissen entsprechend ansteigt. Wir müssen es uns mehr denn je zur Aufgabe machen, neue Finanzmittel vom Land und vom Bund zu erschließen.

Insbesondere gilt dies, da es bis zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht absehbar ist wie eine wirkliche Inklusion sich auf die Gesellschaft, den Bezirk und die freien Träger auswirken wird.

Neue Stellenschlüssel in der Hilfe zur Pflege, wie wir uns sie seit Jahren wünschen und das sei hier ausdrücklich erwähnt, werden auch zu Kostensteigerungen führen.

Eine gerade in 2014 augenfällig gewordene Herausforderung ist der Zustrom von Flüchtlingen. Wir werden uns dem Thema zu einem späteren Tagesordnungspunkt noch widmen. Aber auch im Rahmen einer Haushaltsberatung muss man sich folgenden Fragen stellen:

Inwieweit ist der Bezirk für die Psychiatrische und Psychotherapeutische Behandlung, Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen in Oberbayern zuständig? Sind wir auf den Ansturm personell

vorbereitet, mit Ärzten, Therapeuten und Dolmetschern? Müssen wir die Kapazitäten langfristig ausbauen eventuell auch zusätzlich in unsere Einrichtungen investieren. Müssen wir zusätzliche Mittel für die Versorgung dieses Personenkreises in den Haushalt einstellen.

Wenn wir uns die vorgesehenen Investitionen im Jahr 2015 ansehen, so fällt auf, dass nur 8,5 Millionen Euro für Baumaßnahmen eingeplant sind. Weit weniger als 1 % des Haushalts.

Das wird ganz bestimmt nicht so bleiben. Das SBZ werden wir zukünftig vielleicht alleine tragen müssen.

Ob uns das gleiche beim BBW droht wissen wir nicht. Dabei entpuppt sich die Sanierung des BBW als zunehmend schwierig. Der Bezirk hat sich hier für eine reine Renovierung, ohne Funktionsverbesserung entschieden, wohl vor allem aus finanziellen Gründen. Ich habe meine Zweifel, ob dies der richtige Weg ist. In dem zugrunde liegenden Gutachten ist von unkalkulierbaren Kosten die Rede. Es könnte um bis zu 30 % teurer werden. Da das ganze Gebäude nicht behindertengerecht ausgestattet ist, erfüllt es nicht die grundlegenden Vorgaben. Die unverzichtbare Behebung dieses Mangels ist kostenmäßig bisher nicht berücksichtigt. Es seien hier nur die Stichworte Visuelle Brandmelder und Induktionsschleifen genannt. Eine Selbstverständlichkeit für das herausragendes Kompetenzzentrum in Oberbayern für Kinder und Jugendliche im Förderbereich Hören und Sprache.

Wir werden uns wohl noch das ein oder andere Mal die Frage stellen, ob ein Neubau nicht besser und letztendlich sogar kostengünstiger gewesen wäre.

Ich erwähne dies auch, weil meine Kollegin Johanna Schildbach- Halser in Ihrer Haushaltsrede im letzten Jahr noch den Wunsch geäußert hat, dass der Neubau der Werkstätten im BBW angesichts seines desolaten Bauzustandes endlich realisiert wird, auch angesichts der dafür in den Haushalt eingestellten Mittel.

Erfreulich ist, dass uns im Einzelplan Kultur eine Steigerung um immerhin 5% gelungen ist. Damit ist die Kultur nach dem Sozialen und der Verwaltung an die dritte Stelle vorgerückt. Ich wage die Behauptung, dass die Kultur in der Außenwahrnehmung sogar mindestens an zweiter Stelle liegt. Und so wäre es durchaus ein lohnenswertes Ziel die Ausgaben für die Kultur zu steigern und vielleicht sogar langfristig auf 20 Millionen zu verdoppeln. Das wären immer noch weniger als 2 % unseres Haushaltes. Würde uns aber in dem Bestreben den Bezirk in den Köpfen der Bevölkerung besser zu verankern ein gutes Stück voranbringen. Wo sonst, wenn nicht über unsere Leistungen in der Kultur, der Heimatpflege, den Museen und den Fachberatungen können wir ein positives Bild vom Bezirk Oberbayern transportieren?

In diesem Sinne Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sie uns weiter um die besten Ideen ringen und lassen sie uns gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn es darum geht eine bessere Finanzausstattung der Bezirke bei Bund und Land einzufordern. Und scheuen wir uns auch nicht, dass ein oder andere Mal auszuloten, wo der Zuständigkeitsbereich des Bezirks endet, damit wir uns auch darüber hinaus Gehör verschaffen!

Wir die ÖDP Bezirksräte werden dem Haushalt zustimmen. Wir halten ihn im Großen und Ganzen für gelungen. Wo wir in einzelnen Sachfragen anderer Meinung sind, werden wir dies in den Ausschüssen und im Plenum durch Wortmeldungen und durch unser Abstimmungsverhalten dokumentieren.

Nochmals Ihnen Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen meine Damen und Herren herzlichen Dank!

Haushaltsrede der PIRATEN vorgelesen von Frau Martina Wenta

- es gilt das gesprochene Wort -

Grüß Gott sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
sehr geehrte Bezirksrätinnen und Bezirksräte,
verehrte Gäste,

dies ist die erste "Haushaltsrede" der PIRATEN im Bezirkstag Oberbayern. Letztes Jahr haben wir Ihnen, liebe Kollegen, Haushaltsreden aufmerksam gelauscht und dabei festgestellt, dass es um vieles geht - nur nicht um ihren Haushalt. Aber nachdem es ein guter Haushalt ist, können wir uns ruhigen Gewissens an dieser Tradition beteiligen.

Ein kurzes Wort möchte ich jedoch zum Haushalt verlieren: Wie schon letztes Jahr hat uns auch heuer Herr Getzlaff verständlich und sympathisch den Haushalt erklärt. Danke an Sie, Herr Getzlaff, und ihre ganze Abteilung für die verständliche Aufarbeitung. Einige unserer Parteikollegen haben sich die Mühe gemacht, diesen Haushalt NOCH deutlicher darzustellen. Zu finden ist diese Darstellung im Web unter offenerhaushalt.de. Hier kann man sich ganz einfach durch die einzelnen Posten klicken. Sicherlich ist dieses Tool für Sie nicht nur als Bezirksräte nützlich, sondern auch als Kommunalpolitiker am Heimatort und freilich auch für alle Bürger, die sich für IHRE Kommunalpolitik interessieren. Jede Kommune kann mitmachen und ihren aktuellen Haushalt einstellen. Durch diese transparente Informationspolitik tragen wir zur Stabilisierung der Demokratie bei. Wenn Sie Fragen zu offener-haushalt.de haben, melden Sie sich bei uns. Wir helfen euch gern. Aber nun wieder zurück zum Haushalt für 2015: auszusetzen haben wir am Haushalt nichts. Und: Das war's auch schon vom Haushalt.

Ansonsten möchte ich gern das vergangene Jahr aus Piraten Sicht resümieren. Als gänzlich neue Partei starteten wir etwas holprig in unsere Mitwirkungszeit. Noch vor der konstituierenden Sitzung versuchten wir mehr oder minder erfolgreich eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, was, wie sie sicher alle wissen, nicht gelang. Nun sind wir fraktionslos und spüren leider klar die Nachteile. Die beiden Ausschusssitze die wir bekommen haben im Bau- und im Personalausschuss sind - naja - wie - soll ich sagen? Eben der Bau- und der Personalausschuss. Anträge der anderen Parteien bekommen wir erst bei Veröffentlichung im Session Net zusehen. Und meist fehlt dann die Zeit für eine intensive Beschäftigung mit dem Thema - und vor allem auch dem Kontakt mit den Antragstellern.

Im November dieses Jahres waren wir dann das erste mal bei einer Fraktionsvorsitzenden Runde eingeladen und freilich auch anwesend. An dieser Stelle nochmal ein Dank an Sie, Herr Mederer, dass das so schnell und problemlos geklappt hat.

Aber ich möchte nicht nur mosern, sondern auch ganz klar sagen, dass wir sehr freundlich aufgenommen wurden und sich im Laufe des Jahres, besonders bei den vielfältigen Veranstaltungen in ganz Oberbayern zarte, rein politische! Bande zu anderen Bezirkstagsmitgliedern bildeten. Ich hoffe, dass sich diese Bande verfestigen und in Zukunft der gegenseitige Informationsaustausch noch besser klappt.

Nun aber zu den politischen Inhalten.

Lassen Sie mich ein paar Worte zu TISA verlieren, ich fasse mich auch kurz. Dass unser Antrag wohl angenommen wird freut uns. Nichts rüttelt momentan mehr an unseren Demokratischen Grundfesten als die diversen Abkommen, die gerade in aller Munde sind. Über TTIP und die vielen Demonstrationen dagegen (z.B. in meiner Heimatstadt Traunstein mit rund 1000 Teilnehmern) wurde reichlich berichtet und dass die eine Million Unterschriften Marke des inoffiziellen europäi-

schen Bürgerbegehrens nun geknackt ist dürfte auch niemandem entgangen sein. Weniger im Gespräch waren da schon CETA, das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen und TISA. TISA - das Trade in Services Agreement, also das Dienstleistungsabkommen. Und genau weil so wenig darüber berichtet wird, ist es so wichtig, dass wir hier heute diese Resolution beschließen. TISA greift genau da ein, wo wir tätig sind: Auf kommunaler Ebene.

Den Antragstext haben Sie alle vor sich liegen - ich gehe mal davon aus, dass ihn auch alle gelesen haben - also brauche ich auch keine weiteren Argumente mehr vorzubringen. Auf die Abstimmung freue ich mich.

Schwerer fällt mir das "Kurzfassen" da schon bei unserem Antrag zum Maßregelvollzug. Es ist schade, dass dieser abgelehnt werden wird und es uns nicht gelang, in der Ausschusssitzung die Sichtweise der Patienten und deren Angehörigen einzubringen. Es waren wohl für den ein oder anderen zu viele Paragraphen drin... Tatsächlich war uns auch klar, dass der Antrag keine leichte Kost ist und vom Leser Zeit und etwas Mühe verlangt. Darum hatten wir uns auf zumindest ein paar Rückfragen eingestellt. Diese blieben leider aus. Und ich fürchte, damit auch das Verständnis für unseren Antrag. So verließen sich wohl die meisten von Ihnen einzig und allein auf die Stellungnahme von Herrn Brinckmann.

Der Bezirk Oberbayern arbeitet in so vielen Bereichen super: Wie die vorgestellte Umfrage gezeigt hat, sind die Klienten des Bezirks in allen Ebenen größtenteils zufrieden mit der Arbeit der Sachbearbeiter. Uns fehlt aber ein bisschen das Gehör der Patienten, der direkte Draht.

Wir werden aber den Antrag in abgeänderter Form und die Anmerkungen von Herr Brinkmann einbeziehend, auch im Bezirkstag einbringen - hoffentlich dann auch mit Ihrem und dem entsprechendem medialen Interesse im Rücken.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und möchte dieses Bezirkstagsjahr mit folgenden Worten und den damit verbundenen besten Wünschen für Sie und Ihre Familien beschließen:

2014 ist jetzt nachad gor
für uns Piraten wars a bsunders Jor
vui hamma glernt, gseng und dalebt
und so manches war doch a gfredt

Mit wünschen eich, liebe Kollegen
Fürs kommende Jahr vui Glück und vui Segen

2015 kriang ma des schon hi,
mit de Maßregelleid
wenn ma do wos verbessern kanntn,
war des a sauberne Freid

Doch jetzt erstmoi ein frohes Fest
Rutschen Rutsch, Gottes Segen und der ganze Rest

Haushaltsrede von DIE LINKE vorgetragen von Frau Beate Jenker

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrtes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

auch ich möchte mich bei Herrn Getzlaff bedanken für die umfassende Information und Erklärung zum Haushalt. Es gibt kaum etwas zu bemängeln. Es ist ein solider Haushalt und ich werde dem Haushalt deshalb auch so zustimmen.

Von den vielen Themen und Beschlüssen, die dieses Jahr auf der Agenda standen, möchte ich ein paar rausgreifen.

Es freut mich, dass es eine breite Ablehnung quer durch die Parteien zum Thema Tisa und TTIPP gibt, nicht nur im Bezirk auch im Landtag und z.T. im Bundestag.

Das zeigt, dass alle verstanden haben, welche katastrophalen Folgen diese Abkommen für die Länder und Kommunen haben werden.

Ich hoffe, dass es gelingt, dies zu verhindern.

Leider zieht sich das Bundesleistungsgesetz noch hin. Ich hoffe, dass der Verband der Bezirke hier seine Positionen durchsetzen kann.

Die Altersarmut steigt stetig an. Die Zahl der Arbeitslosen steigt, und immer mehr Beschäftigte können von ihrem Verdienst kaum leben. Die Zahl der Menschen, die aufgrund von Stress, Mobbing und Zukunftsangst arbeitsunfähig werden, steigt ebenfalls.

Die Kosten werden langfristig explodieren aufgrund der unsozialen Politik der Bundesregierung. Die Kommunen werden das nicht auffangen können. Hier muss der Bund endlich die Verantwortung übernehmen.

Im Bereich Psychiatrie gibt es viele gute Ansätze. Es bleibt aber immer noch das Problem der Umsetzung. Der Anspruch ambulant vor stationär ist erst dann wirklich umsetzbar, wenn es ausreichend Plätze in Wohnprojekten und Therapeutischen Wohngemeinschaften gibt. Einen Platz zu bekommen, ist aktuell noch sehr schwierig und es gibt lange Wartelisten.

Dies gilt auch für die Krisendienste und die Sozialpsychiatrischen Dienste. Dies macht eine schnelle Hilfe in akuten Fällen schwierig.

Für Forensik-Patienten ist es noch schwieriger geworden, für die Entlass-Vorbereitung einen Platz zu finden durch das Urteil des VGH. (Verwaltungsgerichtshof)

Ich begrüße hier die Bemühungen des Verbandes der Bezirke, eine Öffnung der Einrichtungen in freigemeinnütziger oder privater Trägerschaft für das Probewohnen zu erreichen. Gerade für die Forensik ist es wichtig, genug Plätze für die Erprobung zu haben, da eine Entlassung der Patienten in eine geeignete Einrichtung sonst nicht möglich ist.

Da wir ja Weihnachten haben, hab ich einen eigenen Wunschzettel für Weihnachten:

- Ich wünsche mir für 2015 noch mehr gemeinsame Anstrengungen auf dem Gebiet der Inklusion, was den Besuch der Regelschulen, Arbeitsmöglichkeiten und eigenständige Wohnformen für Menschen mit Handicap betrifft
- Ich wünsche mir, dass es uns gelingt, TTIPP und Tisa und alle sonstigen Angriffe auf die öffentliche Daseinsvorsorge und Autonomie zu verhindern

- Ich wünsche mir ein Maßregelvollzugsgesetz, dass den vielfältigen Problemen der Patienten gerecht wird, Mißstände beseitigt und Patienten wie Personal Rechtssicherheit gibt.
- Und ich würde mir für 2015 wünschen, dass der Informationsaustausch im neuen Jahr besser wird. Außerhalb des Bezirks wird meine Meinung durchaus beachtet und ich werde ernst genommen. Ich würde mir wünschen, auch in diesem Gremium. mehr Gehör zu finden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen besinnliche Weihnachten.

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2015 und ihre Anlagen beschlossen.

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2015 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 1.477.200.000,00 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 41.690.000,00 € zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2014 bis 2018 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen 2015 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon und der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen 2014 bis 2018 und Investitionsprogrammen wird zugestimmt. 4. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2015 wird zugestimmt. 5. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2015 auf 19,50 v.H. festgesetzt. 6. Die Haushaltssatzung 2015 wird beschlossen.
	angenommen Ja 63 Nein 0

TOP 3 **Bezirkfischereiverordnung**

Die Bezirkfischereiverordnung vom 11. Februar 2010, zuletzt geändert durch Beschluss des Plenums vom 24.07.2014, gilt 5 Jahre. Die Verordnung wurde erneut überarbeitet und das Benehmen mit der Regierung von Oberbayern wurde hergestellt. Die Bezirkfischereiverordnung soll neu erlassen werden.

Beschluss:	Der Bezirksausschuss empfiehlt dem Bezirkstag dem Entwurf der Bezirkfischereiverordnung für den Bezirk Oberbayern vom 11. Dezember 2014 zuzustimmen. Der Bezirkstag stimmt dem Entwurf der Bezirkfischereiverordnung für den Bezirk Oberbayern vom 11. Dezember 2014 zu.
	angenommen Ja 63 Nein 0

TOP 4 **Informationsfreiheitssatzung**

Die im Jahr 2012 zunächst befristete Informationsfreiheitssatzung wird mit gleichem Wortlaut nunmehr unbefristet beschlossen.

Beschluss:	A) Für den Bezirksausschuss am 03.12.2014: Der Bezirksausschuss empfiehlt dem Bezirkstag die bisher befristete Informationsfreiheitssatzung mit gleichem Inhalt als unbefristete Satzung zu beschließen. B) Für den Bezirkstag am 11.12.2014: Der Bezirkstag von Oberbayern beschließt die beigefügte Informationsfreiheitssatzung. Gleichzeitig tritt die bisher befristete Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises des Bezirks Oberbayern vom 26.07.2012 außer Kraft. angenommen	Ja 63 Nein 0
-------------------	--	---------------------

TOP 5 Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2013 - Klinische Beteiligungen

Die Gremien nehmen den Beteiligungsbericht über die klinischen Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2013 zur Kenntnis.

Beschluss:	Der Bezirksausschuss nimmt den „Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2013 – Klinische Beteiligungen“ zur Kenntnis. Der Bezirkstag nimmt den „Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2013 – Klinische Beteiligungen“ zur Kenntnis. angenommen	Ja 63 Nein 0
-------------------	--	---------------------

TOP 6 Zweckvereinbarung zu den Berufsbildungswerken Nürnberg und München

Die Zweckvereinbarung vom 01.08.1998 war von mehreren Bezirken gekündigt worden. Deshalb wurde in Verhandlungen mit allen anderen Bezirken unter Federführung von Mittelfranken und Oberbayern ein neuer Entwurf erarbeitet.

Beschluss:	Der Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen empfiehlt dem Bezirksausschuss der neuen Zweckvereinbarung der Bezirke zu den Berufsbildungswerken München und Nürnberg (Stand 06.10.2014) zuzustimmen. Der Bezirksausschuss empfiehlt dem Bezirkstag der neuen Zweckvereinbarung der Bezirke zu den Berufsbildungswerken München und Nürnberg (Stand: 06.10.2014) zuzustimmen. Der Bezirkstag stimmt der neuen Zweckvereinbarung der Bezirke zu den Berufsbildungswerken München und Nürnberg (Stand: 06.10.2014) zu. angenommen	Ja 63 Nein 0
-------------------	---	---------------------

TOP 7**Grundlagenvertrag zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Bezirksjugendring Oberbayern**

Der Grundlagenvertrag zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Bezirksjugendring von 2008 musste, u. a. im Hinblick auf Neuregelungen im EU-Recht überarbeitet und neu beschlossen werden.

Beschluss:	1. Der Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen empfiehlt dem Bezirksausschuss:
	- dem in der Anlage beigefügten Grundlagenvertrag zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Bezirksjugendring Oberbayern zuzustimmen, - die Kommission Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit zu ermächtigen, ab In Kraft treten des neuen Grundlagenvertrages gegenüber dem Bezirksjugendring Oberbayern die Übertragung von nicht verbrauchten Haushaltsmitteln auf das nächste Haushaltsjahr beziehungsweise die Genehmigung zur Einstellung in eine Rücklage in begründeten Einzelfällen nach § 7 Abs. 5 des Grundlagenvertrages zu genehmigen.
	2. Der Bezirksausschuss empfiehlt dem Bezirkstag:
	- dem in der Anlage beigefügten Grundlagenvertrag zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Bezirksjugendring Oberbayern zuzustimmen, - die Kommission Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit zu ermächtigen, ab In Kraft treten des neuen Grundlagenvertrages gegenüber dem Bezirksjugendring Oberbayern die Übertragung von nicht verbrauchten Haushaltsmitteln auf das nächste Haushaltsjahr beziehungsweise die Genehmigung zur Einstellung in eine Rücklage in begründeten Einzelfällen nach § 7 Abs. 5 des Grundlagenvertrages zu genehmigen.
	3. Der Bezirkstag beschließt:
	- dem in der Anlage beigefügten Grundlagenvertrag zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Bezirksjugendring Oberbayern zuzustimmen, - die Kommission Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit zu ermächtigen, ab In Kraft treten des neuen Grundlagenvertrages gegenüber dem Bezirksjugendring Oberbayern die Übertragung von nicht verbrauchten Haushaltsmitteln auf das nächste Haushaltsjahr beziehungsweise die Genehmigung zur Einstellung in eine Rücklage in begründeten Einzelfällen nach § 7 Abs. 5 des Grundlagenvertrages zu genehmigen.
angenommen	
Ja 63 Nein 0	

TOP 8**Gremienbesetzung - Antrag der SPD-Fraktion zur Nachbesetzung bei der Kulturstiftung Oberbayerischen**

Dem Vorschlag der SPD-Fraktion Frau Bezirksrätin Hiltrud Broschei als Nachfolgerin für Herrn Prof. Murken im Stiftungsrat der Kulturstiftung Oberbayern zu bestellen wird zugestimmt.

Beschluss:	Frau Bezirksrätin Hiltrud Broschei wird als Nachfolgerin für Herrn Prof. Murken im Stiftungsrat der Kulturstiftung Oberbayern bestellt.
	angenommen Ja 63 Nein 0

TOP 9 Umweltmanagementsystem in der Bezirksverwaltung; ÖKOPROFIT und EMAS

Anlässlich der aktuellen Auszeichnung der Bezirksverwaltung als „Ökoprofit-Betrieb 2014“ und erneuten Validierung nach EMAS wurde ein Bericht zum Umweltmanagementsystem in der Bezirksverwaltung gegeben.

Beschluss:	Der Bericht über die Umweltmanagementverfahren EMAS und Ökoprofit in der Bezirksverwaltung wird zur Kenntnis genommen.
	zur Kenntnis genommen

TOP 10 Antrag der Bezirkstagsfraktion der Bayernpartei vom 11.04.2014 zum Thema Almhütten in den oberbayerischen Alpen

Die Bezirkstagsfraktion der Bayernpartei hat zum Thema „Almhütten als Teil der bayerischen Kultur und Tradition sowie als Markenzeichen des Bergtourismus“ den in Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Berghütten, Schutzhütten und Almen gehören zum signifikanten Erscheinungsbild des bayerischen alpinen Raumes und damit der oberbayerischen Gebirgslandschaft. Der Bezirk setzt sich im Rahmen seiner Aufgaben in der Heimatpflege für die Bewahrung dieses Kulturgutes ein.

Beschluss:	1. Der Bezirk Oberbayern sieht in den alpinen Unterkunftshäusern im Oberbayerischen Alpengebiet einen Teil der bayerischen Kultur und Tradition und ein wichtiges Markenzeichen des Bergtourismus. 2. Der Bezirkstagspräsident wird beauftragt sich bei den zuständigen staatlichen und privaten Institutionen dafür einzusetzen, dass bei notwendigen Modernisierungen und Neubauten so weit wie möglich landschaftsbezogene Bauweise verwendet wird und den Belangen des Denkmalschutzes, des Umweltschutzes und des Lawinenschutzes Rechnung getragen wird.
	angenommen Ja 63 Nein 0

TOP 11 Antrag der Piratenpartei vom 23.10.2014 zum Freihandelsabkommen TISA

Die Piratenpartei beantragt die Verabschiedung einer Resolution, mit der die Einbringung der Belange der Kommunen in die geplanten Handelsabkommen, insbesondere das TiSA-Abkommen gewährleistet werden soll. Die Resolution soll von den anderen Bezirkstagen und über den Bayerischen Bezirkstag von den Landtagsfraktionen unterstützt werden.

Beschluss:	<u>Für die Sitzung des Bezirksausschusses am 3.12.2014:</u> Der Bezirksausschuss schlägt dem Bezirkstag von Oberbayern vor, folgende Resolution zu verabschieden: Der Bezirkstag von Oberbayern erklärt, dass die Folgen der geplanten Handelsabkommen, vor allem TiSA, die kommunale Souveränität in unzulässiger Weise einschränken würden und fordert daher die beteiligten politischen Kräfte auf: 1. Den Vertragstext und den jeweiligen Stand der Verhandlungen stets offen zu legen. 2. Sicherzustellen, dass die Rechte der Kommunen und kommunalen Verbände, die öffentliche Versorgungssicherheit ohne Einschränkungen gewahrt bleiben. 3. Vertreter der kommunalen Verbände zu den Verhandlungen beizuziehen. 4. Sollten diese Punkte als nicht erfüllbar gelten, die Verhandlungen einzustellen. Die Resolution wird den fünf weiteren bayerischen Bezirkstagen (außer Schwaben) und dem Präsidium des Bayerischen Bezirkstags mit der Bitte um Unterstützung und um Weiterleitung an die Landtagsfraktionen vorgelegt. <u>Für die Sitzung des Bezirkstags am 11.12.2014:</u> Der Bezirkstag von Oberbayern verabschiedet die folgende Resolution: Der Bezirkstag von Oberbayern erklärt, dass die Folgen der geplanten Handelsabkommen, vor allem TiSA, die kommunale Souveränität in unzulässiger Weise einschränken würden und fordert daher die beteiligten politischen Kräfte auf: 1. Den Vertragstext und den jeweiligen Stand der Verhandlungen stets offen zu legen. 2. Sicherzustellen, dass die Rechte der Kommunen und kommunalen Verbände, die öffentliche Versorgungssicherheit ohne Einschränkungen gewahrt bleiben. 3. Vertreter der kommunalen Verbände zu den Verhandlungen beizuziehen. 4. Sollten diese Punkte als nicht erfüllbar gelten, die Verhandlungen einzustellen. Die Resolution wird den fünf weiteren bayerischen Bezirkstagen (außer Schwaben) und dem Präsidium des Bayerischen Bezirkstags mit der Bitte um Unterstützung und um Weiterleitung an die Landtagsfraktionen vorgelegt. angenommen Ja 62 Nein 1
-------------------	---

**TOP 12 Antrag Piratenpartei und DIE LINKE:
"Antrag auf Stellungnahme des Bezirkstags Oberbayern zum Entwurf
des Maßregelvollzugsgesetzes"**

Die Gremien beraten einen Antrag der Piratenpartei und der Partei DIE LINKE zum Entwurf des Maßregelvollzugsgesetzes der Staatsregierung.

Beschluss:	Bezirksausschuss Der Bezirk Oberbayern begleitet auf der Basis seiner Stellungnahme vom 22.08.2014 das Gesetzgebungsverfahren weiterhin eng und bringt sich intensiv ein. Der Antrag ist damit nach § 22 der Geschäftsordnung behandelt. Bezirkstag Der Bezirk Oberbayern begleitet auf der Basis seiner Stellungnahme vom 22.08.2014 das Gesetzgebungsverfahren weiterhin eng und bringt sich intensiv ein. Der Antrag ist damit nach § 22 der Geschäftsordnung behandelt. angenommen	Ja 59 Nein 4
-------------------	---	------------------------

TOP 13 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2014: Resolution für eine menschenwürdige und nachhaltige Flüchtlingspolitik sowie Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2014

Der Bezirkstag behandelt den Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2014 und den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2014 zum Thema „Flüchtlingspolitik“.

Beschluss:	Der Bezirkstag verabschiedet die Resolution für eine menschenwürdige und nachhaltige Flüchtlingspolitik vom 21.11.2014. angenommen	Ja 44 Nein 13
-------------------	--	-------------------------

TOP 14 Bekanntgaben und Sonstiges

Beschluss:	Es erfolgten keine Bekanntgaben oder Antragstellungen.
-------------------	---

Um 11:50 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Renate Maja
Protokollführerin

